

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

55. Sitzung
7. Juli 2025

Beginn: 09.02 Uhr
Schluss: 12.41 Uhr
Vorsitz: Florian Dörstelmann (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Ich rufe auf

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aktueller Stand der Polizeistrukturereform und
Auswirkungen auf die Öffentliche Sicherheit**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0225](#)
InnSichO

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße an dieser Stelle ganz herzlich unsere beiden Anzuhörenden, nämlich Herrn Frank Teichert, den stellvertretenden Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Lan-

desverband Berlin, und Herrn Stephan Weh, den Landesbezirksvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei im Landesbezirk Berlin der GdP. Herzlich willkommen! Vielen Dank, dass Sie heute hier bei uns sind, um uns mit Ihrer Expertise zur Verfügung zu stehen!

Ich gehe davon aus, dass wir, wie üblich in diesen Fällen, nach § 26 Absatz 7 Satz 4 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses ein Wortprotokoll anfertigen wollen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Es erfolgt zunächst die Begründung des Besprechungsbedarfs durch die Fraktionen der CDU und der SPD. Es beginnt die Fraktion der CDU. – Herr Abgeordneter Dregger, Sie haben das Wort!

Burkard Dregger (CDU): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Die Polizei und wir alle sehen uns steigenden Herausforderungen bei der Gewährleistung von Sicherheit, Recht und Ordnung in Berlin ausgesetzt. Die Zahl der Versammlungslagen pro Jahr hat sich in den letzten zehn Jahren von 5 000 auf etwa 7 500 erhöht, eine unglaubliche Zahl. Die Zahl der Funkwageneinsätze hat sich im gleichen Zeitraum um 20 Prozent erhöht. Die Zahl der Notrufe geht nach oben. Spionage, Sabotage, Terror, organisiertes Verbrechen und allgemeine Kriminalität fordern den Rechtsstaat heraus und bedrohen die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger. Es ist nicht davon auszugehen, dass sich diese Zahlen wieder reduzieren werden, jedenfalls nicht kurzfristig. Wir müssen uns also darauf einstellen, den wachsenden Herausforderungen gerecht werden zu können. Die Bildung von Alarmhundertschaften durch die Berliner Polizei wird fast schon zur Normalität, was sie nicht sein sollte. Die Zahl der Personen, die im Objektschutz tätig sind, geht weit über den ZOS hinaus. Es werden Kräfte dort in einer Größenordnung gebunden, mit der man womöglich auch zwei Polizeiabschnitte, jedenfalls mit Funkwagendienst und Ähnlichem, ausstatten könnte. Das alles zeigt, dass wir darauf reagieren müssen.

Die Koalition steht unmittelbar davor, einen großen Schritt zu tun, indem wir in der Plenarsitzung am Donnerstag unsere große Polizeirechtsreform einzubringen. Darauf freue ich mich. Ich bedanke mich auch an dieser Stelle noch einmal herzlich für die super Zusammenarbeit. Das ist ein wirksames Mittel, um die Einsatzfähigkeit und die Durchsetzungsfähigkeit des Rechtsstaates zu verstärken. Wir müssen uns aber auch um die Personalfrage kümmern. Die Polizeibehörde ist eine riesige Behörde mit fast 27 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Natürlich geht es darum, auch angesichts der demografischen Entwicklung und der immer größeren Schwierigkeiten, die vorhandenen und finanzierten Stellen überhaupt zu besetzen, und es geht darum, die weiteren Möglichkeiten zu untersuchen, wie wir durch Synergien die Leistungsfähigkeit der Polizeibehörde steigern können.

Dazu gehören aus meiner Sicht drei Elemente: Wir haben erstens die Aufgabe zu prüfen, inwieweit wir durch Technik menschliche Leistungen unterstützen oder gar ergänzen können. Zweitens: Wir müssen die bürokratischen Hemmnisse, auch die so manchen datenschutzrechtlichen Übertreibungen, auf den Prüfstand stellen, um Polizeiarbeit zu erleichtern. Drittens: Wir müssen die Strukturen und Verfahrensabläufe innerhalb der Polizeibehörde auf den Prüfstand stellen.

Ich bin sehr dankbar, dass die Polizeibehörde in diesem letzten Punkt aktiv geworden ist, dass es dort substanzielle Überlegungen gibt, die Abläufe innerhalb der Polizei, aber auch die

Strukturierung bei den Dienstgruppen, aber auch in den Stäben auf den Prüfstand zu stellen und hier substanzielle Vorschläge zu erarbeiten, die wir heute diskutieren können. Ich glaube, dass das unumgänglich ist, und ich freue mich auf die Diskussion und die Darstellungen durch den Senat und die Polizeibehörde heute. – Danke!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dregger! – Für die SPD-Fraktion begründet ferner Herr Abgeordneter Matz. – Bitte, Sie haben das Wort!

Martin Matz (SPD): Danke, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren! Wir haben uns in diesem Ausschuss früher in diesem Jahr anhand eines Besonderen Vorkommnisses schon einmal in Kurzform mit der Polizeistrukturereform beschäftigt und sind aus dem Anlass über-eingekommen, dass man sich vor der Sommerpause noch mal ausführlicher damit befassen sollte. Genau das tun wir heute durch diesen Besprechungsantrag der Koalitionsfraktionen.

Die Ausgangslage bei der Polizei ist in der Tat so, dass eine solche Reform sinnvoll und erforderlich scheint. Vor dem Hintergrund, dass wir in den vergangenen Jahren die Anzahl der Polizeivollzugskräfte deutlich ausweiten konnten, einmal durch den politischen Willen, entsprechende Stellen im Haushalt zur Verfügung zu stellen, gleichzeitig durch die Möglichkeiten, in den entsprechenden Ausbildungsjahrgängen Männer und Frauen zu finden, die den Beruf ergreifen wollen, haben wir seit 2017 über 2 000 zusätzliche tatsächlich besetzte Stellen bei der Berliner Polizei. Das war ein Erfolg, aber wir können nicht davon ausgehen, dass wir diesen Erfolg in den nächsten Jahren nahtlos so fortsetzen können, sondern aufgrund der Pensionierungen und der schmalen Jahrgänge, die nachkommen, müssen wir davon ausgehen, dass wir eigentlich schon relativ froh sein können, wenn wir mit einer konstanten Personalstärke der Polizei in den nächsten Jahren – sagen wir mal bis 2035, um mal einen Zeitraum einzugrenzen – rechnen können.

Vor diesem Hintergrund erfährt das, was man alle paar Jahre sowieso mal macht, nämlich zu überlegen, ob man sich bei der Polizei nicht ein bisschen anders aufstellen muss, ob es Möglichkeiten gibt, mehr uniformierte Kräfte auf die Straße zu bekommen – das ist schon das Ziel von verschiedenen Reformen gewesen, sich das noch mal wieder anzugucken –, eine besondere Dringlichkeit. Ich bin sehr gespannt darauf, heute etwas mehr darüber zu hören, wie der Fortgang seit unserer kurzen Besprechung hier im Ausschuss ist, vor allen Dingen – deshalb war es mir besonders wichtig, dass wir die beiden Polizeigewerkschaften einladen – auch zu hören, wie die Annahme der bisherigen Reformvorschläge und des Prozesses bei den Polizistinnen und Polizisten ist, die von den Gewerkschaften vertreten werden, damit wir einerseits eine Reform bekommen, die tatsächlich etwas bringt, die eine Wirkung entfaltet, die auf der anderen Seite aber auch in der Lage ist, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitzunehmen und ihnen zu vermitteln, warum das gemacht wird und dass es dabei nicht gegen sie, sondern mit ihnen läuft, um die Polizei hier besser aufzustellen.

Dazu wird es voraussichtlich noch verschiedener Voraussetzungen bedürfen. Es wird stellenmäßige Konsequenzen geben müssen, um das gut abbilden zu können. Dafür muss man natürlich auch die entsprechenden formalen Voraussetzungen schaffen, die nicht mal eben von heute auf morgen aus der Hand zu machen sind, sondern die natürlich auch noch den Haushaltsgesetzgeber im Haushaltsaufstellungsprozess beschäftigen müssen. Wir werden uns natürlich auch sehr genau angucken, was wir da tun können, damit die Reform an der Stelle gangbar gemacht wird. Aber es ist eben genauso auch wichtig, dass wir über die organisatori-

schen Veränderungen mehr lernen und erfahren, in welchem Umfang wir davon ausgehen können, dass die Abschnitte mit ihrer Neuorganisation, die sie erfahren, am Ende tatsächlich eher mehr Vollzugskräfte als heute auf die Straße bringen und in den Funkwagendienst bekommen. Darauf bin ich heute sehr gespannt. Wir von der Seite der Koalitionsfraktionen werden diese Reform konstruktiv begleiten und die Hinweise, die wir heute dazu bekommen, insbesondere auch von den Anzuhörenden, gerne aufnehmen.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Matz! – Bevor wir dann zu den Anzuhörenden kommen, erhält der Senat die Gelegenheit zu einer einleitenden Stellungnahme. – Herr Staatssekretär, bitte, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr verehrte Damen und Herren! Wir haben heute an anderer Stelle schon über die wachsenden Herausforderungen unserer Sicherheitsbehörden miteinander gesprochen. Das gilt natürlich für die nicht polizeiliche Gefahrenabwehr der Berliner Feuerwehr und aller, die daran beteiligt sind, genauso wie für die polizeiliche Gefahrenabwehr und polizeiliches Handeln.

Berlin ist eine wachsende Metropole. Berlin hat einen anhaltenden Bevölkerungszuwachs. Berlin hat die vielfältigen Herausforderungen, die nicht nur eine sehr große Stadt, sondern auch die Bundeshauptstadt hat, von digitaler Kriminalität bis hin zu den klassischen Ordnungsaufgaben. Deswegen gilt auch hier das, was ich eingangs bei der Feuerwehr schon gesagt habe: Ja, wir sind eine lernende Organisation. Wir entwickeln uns stetig weiter. Wir passen unser Handeln, unsere Strukturen an die aktuellen Erfordernisse an. Dafür tragen wir in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport die Verantwortung. Dafür trägt letztlich Frau Senatorin Spranger die Verantwortung – die Verantwortung für eine Polizei, die den komplexen und vielfältigen Herausforderungen unserer Stadt nicht nur heute, sondern dann auch in der Zukunft gewachsen ist. Deswegen ist eine Strukturreform niemals Selbstzweck, sondern eine Strukturreform dient stets dazu, eine Behörde moderner und zukunftsfähiger aufzustellen. Auch deswegen, Herr Abgeordneter Matz, darf ich sagen, dass ich mich ebenfalls auf diesen Termin heute sehr gefreut habe. Denn in dem, was wir Ihnen heute präsentieren, steckt unheimlich viel Arbeit. Wir haben Dinge beleuchtet, wir haben geschaut: Wie können wir es besser machen? Wie können wir es optimierter machen? Wie können wir die Polizei Berlin modern, zukunftsfähiger aufstellen?

Wesentliche Ziele – das werden wir Ihnen gleich ausführen – dieser Strukturbetrachtung sind natürlich, die Sicherheit für die Berlinerinnen und Berliner zu gewährleisten, das ist ganz klar, aber auch die Fragen: Wie können wir noch effizienter werden? Wie können wir selber noch besser werden? Wie stärken wir die Effizienz? Wie entlasten wir, und das ist ein ganz wichtiger Baustein dabei, vor allen Dingen die Kolleginnen und Kollegen der Polizei, die jeden Tag für die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner sorgen? – Dazu gehören Betrachtungen wie: Immer wenn eine Aufgabe dazu kommt, müssen wir uns überlegen: Wo können wir vielleicht auch eine Aufgabe entfallen lassen? In einer digitalisierenden Welt – jeder von uns hat ein Smartphone in der Hand, mit dem er ganz viele Sachen machen kann – müssen wir uns überlegen: Wie können wir unsere Sicherheitsbehörden so aufstellen, dass die Digitalisierung auch dort genutzt wird, damit der Verwaltungsaufwand reduziert werden kann? Wie können wir auch solche Fragen miteinander beleuchten, wie wir eigentlich führen, wie wir – es ist ange-

klungen, Herr Abgeordneter Dregger – eine Behörde mit 27 000 Menschen führen, wie wir die Führung attraktiver gestalten.

Auf all das zielt das ab, was wir Ihnen heute vorstellen möchten. Das Gros der Schlussfolgerungen zielt auf die Erhöhung der sichtbaren Präsenz der Polizei Berlin ab. Es ist mir, es ist Frau Senatorin Spranger ein ganz wichtiger Baustein, dass die Menschen auch wahrnehmen, dass die Polizei da ist, dass die Polizei für ihre Sicherheit sorgt, eben die Wahrnehmbarkeit, die Ansprechbarkeit, nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger in Berlin, sondern natürlich auch für die Gäste, und nicht nur an Brennpunkten, sondern überall in der Stadt.

Mir ist natürlich bewusst, dass solche Veränderungsprozesse immer eine gewisse Herausforderung mit sich bringen. Die Größe der Behörde ist jetzt schon mehrfach in Bezug genommen worden. Das ist ein großer Tanker, und deswegen ist es gut und richtig, dass wir heute hier darüber sprechen, dass wir natürlich auch darüber sprechen – deswegen bin ich dankbar für die Anzuhörenden, weil das ein ganz wichtiger Baustein ist –, wie wir die Kolleginnen und Kollegen auf diesem Weg mitnehmen, bei dem Gedanken, dass wir eine lernende Organisation sind, dass die Polizei in Berlin natürlich ihre Prozesse, ihre Struktur ständig auf den Prüfstand stellt, dass wir uns ständig und kontinuierlich auch den veränderten Bedingungen anpassen, wie wir das in die Behörde hineintransportieren. Die letzte große Strukturreform der Polizei Berlin ist gerade mal erst fünf Jahre her. Das sind natürlich Dinge, die wir analysiert haben, wo wir gesehen haben, dass Veränderungen notwendig sind, damit unsere Polizei Berlin weiterhin zukunftssicher aufgestellt bleibt. Deswegen signalisieren wir, wie ich finde, den Kolleginnen und Kollegen, aber auch den Berlinerinnen und Berlinern: Wir investieren in Sicherheit, wir investieren in Vertrauen, weil beides untrennbar miteinander verbunden ist.

Ja, das sind Prozesse. Dafür sind an der einen oder anderen Stelle auch noch beamtenrechtliche Voraussetzungen zu schaffen, Herr Abgeordneter Matz, das ist richtig. Diese beamtenrechtlichen Voraussetzungen werden wir miteinander schaffen. Das darf ich an dieser Stelle zusichern, denn sie sind auch ein zentraler Baustein der Polizeistrukturereform, wie wir sie Ihnen gleich präsentieren werden. Wir beabsichtigen, für die Sitzung morgen in einer Woche eine entsprechende Senatsvorlage in den Senat einzubringen, wo genau das bekräftigt wird, damit bis zum parlamentarischen Beschluss des Haushalts dann die besoldungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um all diese Dinge miteinander zu vereinbaren.

Insofern sei es das für meine Einleitung gewesen. Ich wäre dankbar, wenn Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik Meisel zunächst für die vertiefte fachliche Einordnung weiter sprechen dürfte. – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – So verfahren wir. – Frau Polizeipräsidentin, bitte, Sie haben das Wort!

Dr. Barbara Slowik Meisel (Polizeipräsidentin): Ganz herzlichen Dank! – Vieles wurde schon gesagt. Die Polizei Berlin steht in den kommenden Jahren vor einer fundamentalen Weichenstellung, so kann man es vielleicht zusammenfassen. Die Aspekte wurden hier alle schon benannt: Personalrückgang, sinkende Zahlen an Bewerbungen – überall, bei allen Arbeitgebern, das ist kein Phänomen allein bei der Polizei –, Pensionierungswellen, Arbeitsbelastung.

Ich möchte vielleicht noch ein paar konkrete Zahlen nennen, um es noch etwas anfassbarer zu machen, insbesondere im Hinblick auf die Arbeitsbelastung. Wir haben jetzt einen Anstieg der Funkwageneinsätze um 20 Prozent allein in den letzten zehn Jahren gesehen, einen Anstieg von Versammlungen um 50 Prozent allein in den letzten fünf Jahren und natürlich eine Anfälligkeit der Metropole für – das klang auch schon an – global vernetzte Kriminalitätsformen, Sie hatten schon EncroChat-Verfahren erwähnt, aber auch Terrorgefahren, auch das war heute hier schon Thema.

Der Objektschutz wurde ebenso genannt. Dazu nur: Wir schützen im Moment 630 gefährdete Objekte, darunter 175 Botschaften und 453 diplomatische Einrichtungen und zahlreiche Regierungsgebäude. Ganz aktuell, muss ich Ihnen im Moment sagen – das ist schon sehr beachtlich –, haben wir ungefähr 400 Vollzeitäquivalente im Vollzug, die den Objektschutz unterstützen müssen – das sind zwei Abschnitte –, weil es aufgrund der auch internationalen Bedrohungssituation nicht anders möglich ist.

Die Personaldefizite sind nach unserer Analyse insbesondere auf den Basisdienststellen zu finden, aber auch bei den Führungskräften – das ist ein Punkt, der mir auch sehr wichtig ist, ich komme nachher gleich noch kurz darauf – und im höheren Dienst. Derzeit sind im höheren Dienst 23 Aufgabengebiete auf den 37 Polizeiabschnitten vakant und 11 in den fünf Direktionsstäben. Das heißt, 40 Prozent in diesen Bereichen der höheren Dienstfunktionen sind vakant.

Diese Entwicklung macht deutlich, dass die Polizei Berlin dringend auf innovative Strategien, Modernisierung, flexible Ressourcennutzung – all das, was schon genannt wurde – setzen muss. Das war auf jeden Fall ein Motor bei mir, bei uns für die Strukturüberlegung, aber auch – das möchte ich auch klar betonen –, dass wir als Polizei Berlin immer wieder deutlich machen, wenn es um Einsparungen geht, dass wir kaum noch Möglichkeiten sehen, bei uns einzusparen. Diese Aussage erlaubt sich nur, wenn wir stets und ständig sehr genau auf unsere eigene Struktur blicken und uns auch ständig fragen, ob wir nicht noch selbst Effizienzgewinne generieren können. Das war uns genauso wichtig.

Zu den Zielen wurde schon allgemein etwas gesagt; Herr Seifert wird gleich näher ausführen. Grundsätzlich: Ja, Bürokratieabbau, Bündelung der administrativen Aufgaben und Synergien. Ich möchte nur noch einen Punkt noch einmal betonen, der vielleicht Fragen aufwirft und in den Diskussionen untergeht. Das ist die Attraktivitätssteigerung von Führung und das auch in der B-Besoldung, also wirklich in den höchsten Besoldungsgruppen. Das kann fragwürdig erscheinen, das kann in Sparzeiten auch unangebracht erscheinen. Deswegen möchte ich diese Bestrebung von uns nur mit ein paar Bemerkungen anreichern. Ich denke, dass es entscheidend ist zu wissen, dass in der B-Besoldung keinerlei Polizeizulagen mehr gezahlt werden, keinerlei Erschwerniszulagen mehr, keine Auszahlung von Überstunden, auch Überstunden so nicht mehr notiert werden. Ich halte das für einen wichtigen Fakt, das auch mal wirklich zur Kenntnis zu geben. Dazu im Gegenzug, was ich unfassbar gut finde, mich freut: Im mittleren Dienst, im gehobenen Dienst ist im Bereich der Erschwerniszulagen in vielerlei Hinsicht vieles dazugekommen. Das ist gut so, das war dringend erforderlich, das ist aber etwas, woran der höhere Dienst ab der B-Besoldung in keiner Weise beteiligt ist. Das führt insgesamt dazu, dass der höhere Dienst auch in den Spitzenfunktionen in der Polizei Berlin deutlich unattraktiver wird. Wir haben im höheren Dienst von 270 Funktionen – das ist auch schon wenig, das sind ungefähr 1 bis 1,5 Prozent aller Beschäftigten – 70 Vakanzen im Moment, weil es aus vielerlei Gründen nicht mehr so attraktiv ist, in weitere Spitzenfunktionen aufzusteigen. Das halte ich auch für einen zentralen Punkt dieser Reform. Das wollte ich nur einmal mit einem Schlaglicht beleuchten. – Jetzt würde ich gerne, Herr Vorsitzender, an Herrn Seifert weitergeben.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Dr. Slowik Meisel! – Ich begrüße an dieser Stelle den Leiter des Stabes der Landespolizeidirektion Berlin, Herrn Polizeidirektor Roman Seifert. – Herzlich willkommen! Vielen Dank, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen! Bitte, Sie haben das Wort.

Roman Seifert (Polizei Berlin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Vielen Dank! Ich freue mich auch ausdrücklich, Ihnen heute noch einmal einen kleinen Einblick der bisherigen Bestrebungen darstellen zu können, die seit dem letzten Vortrag von Herrn Dessin hier im Innenausschuss getätigt worden sind. Die Gründe sind angeführt worden, was uns dazu bewogen hat, tief in eine Strukturbetrachtung einzusteigen. Insofern zur Einordnung, damit Sie sich ein Stück weit vorstellen können, woran wir konkret arbeiten: Wir schauen uns die Abschnitte in den Direktionen an, wie schauen uns die Stäbe an. Ich möchte vielleicht vorausschicken: Die Landespolizeidirektion hat nachgeordnet sieben Direktionen, fünf davon sind örtliche Direktionen, zwei überörtliche Direktionen, nämlich die Direktion Einsatz/Verkehr und die Direktion Zentrale Aufgaben, wo auch der Objektschutz angegliedert ist. Zur bundesweiten Einordnung: Eine örtliche Direktion, am Beispiel der Direktion 2, im Westen der Stadt für Spandau, Charlotten-

burg-Wilmersdorf und Teile von Mitte verantwortlich, verantwortet 2 500 Mitarbeitende und hat ungefähr 750 000 Menschen in diesem Bereich. Das ist ungefähr vergleichbar mit Städten wie Frankfurt am Main, Stuttgart oder auch Leipzig, in der Größenordnung, wo entsprechende Präsidien abgebildet sind.

Jede dieser Direktionen hat ungefähr sechs bis acht Abschnitte, je nach Belastung, die wir uns angeschaut haben. Was sind die konkreten Überlegungen bei den Abschnitten? – Bei den Abschnitten ist das Ziel, einzelne Abschnitte zu sogenannten Regionalabschnitten zusammenzufassen. Wir wollen aus den insgesamt 37 Abschnitten, die wir in dieser Stadt haben, 7 Abschnitte zu Regionalabschnitten umfunktionieren. Der Vorteil, den wir darin sehen, sieht insbesondere – auch das ist schon angesprochen worden – eine deutlich effizientere Führungsstruktur und den Abbau von Administration vor. Ganz maßgeblich war für uns dabei, dass wir keine Wache oder keinen Abschnitt in irgendeiner Art und Weise schließen, sondern alle Standorte erhalten und auch weiterbetreiben. Es geht uns ausdrücklich um die Führungsstrukturen und die Administration auf diesen Abschnitten.

Der künftige Verzicht auf die dienstgruppenbezogenen Ausrichtungen: Jeder Polizeiabschnitt bei uns hat vier oder fünf Dienstgruppen, die einzelne Räume zugeteilt haben. Von diesem konkreten Raumzuschnitt wollen wir uns verabschieden und einen lebensnahen Kiezbezug deutlicher herausstellen, indem wir nämlich auf den Abschnitten die bestehenden Strukturen in sogenannte Basisdienstgruppen und Präsenzdienstgruppen unterteilen. Heute ist es so, dass eine Dienstgruppe sowohl für den Funkwageneinsatzdienst verantwortlich ist, aber auch alle anderen Aufgaben in ihrem Dienstgruppenbereich zu verantworten hat. Künftig wollen wir das trennen, und zwar in diese zwei Dienstgruppen, wie gesagt, die Basisdienstgruppe und die Präsenzdienstgruppe.

Die Basisdienstgruppen sollen schwerpunktmäßig die Kernaufgabe des polizeilichen Tätigwerdens abbilden. Für uns ist immer maßgeblich, vom Prozess her gedacht: Wenn der Bürger, die Bürgerin beim Notruf 110 anruft, ist es maßgeblich, dass beim Notruf jemand ans Telefon geht und von dort aus einen Funkwageneinsatz auslöst. Der wird künftig in den Basisdienstgruppen stattfinden. Da wird das Kerngeschäft der polizeilichen Aufgabenbewältigung sein, sodass die Basisdienstgruppen den Funkwageneinsatzdienst und die Besetzung der Wache verortet haben.

Auch heute – das vielleicht als Bild – sind die Wachbesatzungen relativ einheitlich ausgestattet, aber führen je nach Belastung des jeweiligen Abschnitts mal zwei Funkwagen bis hin zu acht Funkwagen. Insofern versprechen wir uns da perspektivisch durch eine Anpassung deutliche Synergien. Wir wollen insbesondere auch die Dienstgruppenleitungen, die maßgeblich in die Administration der Dienstplangestaltung eingebunden sind, entlasten, indem wir mit den Mitarbeitenden zusammen andere Arbeitszeitmodelle entwickeln, die es dort deutlich einfacher und unkomplexer machen, die Dienstplangestaltung zu organisieren.

Neben diesen Basisdienstgruppen soll es dann auch auf den Regionalabschnitten entsprechende Präsenzdienstgruppen geben, wo auch die heutigen Tätigkeiten wie beispielsweise die Prävention, der Kontaktbereichsdienst, aber auch die Verkehrsüberwachung gebündelt werden, um von dort aus auch ganz zielgerichtet in den Brennpunkten, die wir erkennen, tätig zu werden. Die gezielte Zuordnung soll damit individueller und flexibler durch Personalausstattung vollzogen werden. Ich möchte ein Beispiel nennen: Es gibt auch die Abschnitte, die sehr un-

terschiedlich belastet sind. Einige Abschnitte sind beispielsweise in den Sommermonaten deutlich stärker durch eine Veranstaltungslage belastet – denken wir an den Bereich Waldbühne, Olympiastation und Messe –, die in den Wintermonaten vielleicht in der Form nicht so sehr belastet sind. Das wird uns perspektivisch durch den Regionalverbund, der eine Ausweitung der jeweiligen Zuständigkeiten vorsieht, deutlich flexibler ermöglichen, in den Sommer- und Wintermonaten anlassbezogen und brennpunktorientiert die Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.

Darüber hinaus schauen wir uns auch die Abschnittskommissariate an. Jeder der 37 Abschnitte verfügt über ein Abschnittskommissariat, wo auch die Vorgangsbearbeitung stattfindet. Das vielleicht auch zur Historie: Sie werden den Begriff „Berliner Modell“ sicherlich noch kennen. Das „Berliner Modell“ sah mit Einführung ursprünglich mal vor, dass es eine Einhandbearbeitung gibt, dass die Kolleginnen und Kollegen einen Sachverhalt aufnehmen und von der Aufnahme über die Ermittlung bis zum Abschluss alles selbstständig tun. Davon haben wir uns in den letzten Jahren sukzessive aus Effizienzgründen schon verabschiedet. Das führte auch dazu, dass es wieder eine Vorgangsbearbeitung in den Abschnittskommissariaten auf jedem Abschnitt gibt. Aber auch dort ist es jetzt an der Zeit, sich noch einmal damit zu beschäftigen, um auch eine einheitliche Struktur herbeizuführen, weil auch dort die Zahlen zeigen, dass in den letzten Jahren dort sehr unterschiedliche Ausstattungen vorgenommen worden sind. Wir wollen dort eine Allgemeine Sachbearbeitung, die Jugendsachbearbeitung, Häusliche Gewalt und einen Zentralen Dienst, einen zentralen Servicedienst, organisieren, sodass es dort auch standardisiert einheitliche Parameter gibt.

Insgesamt – das ist auch angesprochen worden – ist das Ziel natürlich, dass wir dadurch auch mehr Präsenz gewährleisten können, dass wir durch die Verringerung von Administration in den Bereichen, auch einen verstärkten Einsatz von Dienstgruppenleitungen im Wachbereich Synergien schaffen und so auch Dienstkräfte in die Präsenz bringen, indem wir die Wachfunktion insgesamt derzeit neu betrachten, indem wir die Zentralisierung der Führungsdienste vornehmen und den Abbau der Bürokratie weiter voranbringen und eine Spezialisierung auch weiterhin in der Vorgangsbearbeitung vornehmen. – Das sind so weit die Überlegungen, die aktuell auf den Abschnitten anstehen.

Wie auch angesprochen wurde, schauen wir uns auch die Stäbe an, und zwar die Stäbe aller sieben nachgeordneten Direktionen und auch den Stab in der Landespolizeidirektion. Ich möchte vorausschicken, dass die Stellenstruktur, die wir hier in den Stäben haben, seit 2003 nahezu unverändert ist. Mit der Neuordnung der Führungsstrukturen im Jahre 2003 unter Dieter Glietsch gab es das letzte Mal eine entsprechende Anpassung in dieser Form, sodass es – eingangs wurde es auch gesagt – die Belastungen in keiner Art und Weise widerspiegelt, die wir heute zu verorten haben. 2003 – ich kann mich noch sehr gut erinnern – gab es noch keine E-Mails, auch keine Handys, da wurde noch gefaxt. Da hatten wir ganz andere Herausforderungen auch in der Quantität, ob Medienanfragen, Schriftliche Anfragen, Versammlungsanzeigen, Beschwerdevorgänge, Disziplinarverfahren et cetera. Insofern schauen wir da natürlich auch sehr stark darauf, weil uns bewusst ist, dass ein Mehr in den Stäben bei der aktuellen Situation und der Nachwuchsgewinnung nur sehr schwer realisierbar ist. Also war da unser oberstes Ziel, mit der bestehenden Stellenstruktur auch eine Zukunftsfähigkeit bis 2030 herzustellen. Darauf sind unsere Bestrebungen angelegt.

Was machen wir dort konkret? – Wir schauen auch, dass wir Redundanzen in den Bereichen abbauen können, also: Wo wird Doppelarbeit geleistet? – Da möchte ich vielleicht auch ein Beispiel bringen, und das ist einfach der Struktur der letzten Jahrzehnte geschuldet. Wenn eine Anfrage beispielsweise zu einem zu schnellen Fahren in einem Wohngebiet vorgenommen wird, dann kann es sein, dass die Anfrage durch einen Pressevertreter gestellt wird, dann wird sie über die Pressestelle bei uns im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit eingegeben, es kann sein, dass die Anfrage durch einen Bürger oder eine Bürgerin erfolgt, dann erfolgt es über die Beschwerdebearbeitung im Beschwerdebereich, oder es kann auch sein, dass die durch Sie, eine Abgeordnete, einen Abgeordneten gestellt wird. Dann kommt es in der Regel über den Stab der Präsidentin in meinen Fachbereich Verkehr hinein. Ich will damit zeigen, dass eine Anfrage durchaus auf drei verschiedenen Wegen bei uns in der Polizei in der Bearbeitung landen kann. Da ist es unser Ziel, diese Redundanzen abzubauen, Synergien zu schaffen, und im idealen Fall auch dafür zu sorgen, dass aus einer Hand geantwortet werden kann.

Wir wollen eine belastungsorientierte Neuverteilung des bestehenden Personals und dabei insbesondere auch die Führungspositionen anschauen und optimieren. Auch das wurde von Frau Präsidentin bereits angesprochen. Wir haben erhebliche Vakanzen im höheren Dienst. Nicht nur auf den Abschnitten, sondern auch in den Stäben, sodass wir auch dort zu einer Umorganisation und Freisetzung von Personal kommen wollen, um bis 2030 durch eine Deckelung der bestehenden Stellenstruktur zukunftsfähig zu bleiben. Dafür wurden insbesondere für die Stäbe im März vier Arbeitspakete eingerichtet, die sich insbesondere damit auseinandersetzen, dass wir die jetzt bestehende Führungsunterstützung in einem Abschnitt mit der Öffentlichkeitsarbeit synchronisieren, dass wir gerade im Bereich der Prävention, die momentan ein eigener Stabsbereich in der jeweiligen Direktion ist, sowohl in der Verkehrs- als auch in der Kriminalprävention, diese Prävention zu den Fachbereichen im Einsatzbereich geben, dort wo verkehrspolizeiliche und kriminalpolizeiliche Facharbeit sind. Wir wollen die Bereiche Haushalt mit Logistik und Führungs- und Einsatzmitteln zusammenführen, also die Stäbe 2 und 5, um dort Synergien zu schaffen, weil in der Regel immer bei der Beschaffung und Umsetzung beide Stabsbereiche tangiert sind und wir dadurch auch Prozesse beschleunigen und Redundanzen abbauen können. – Das sind im Wesentlichen die Dinge, die wir sowohl in den Abschnitten als auch in den Stäben derzeit betrachten.

Was haben wir bisher dabei getan? – Da war uns Beteiligung – auch das ist angesprochen worden – besonders wichtig, weil wir wissen, dass jede Strukturreform durchaus für Verunsicherung bei den Kolleginnen und Kollegen sorgt. Insofern haben wir mit Beginn der Strukturreform im März unmittelbar eine sehr ausführliche Mitarbeitendeninformation veröffentlicht, wo zunächst erst einmal die wesentlichen Fragen beantwortet werden konnten. Ein ganz zentraler Aspekt waren die Fragen: Ändert sich mein Dienstplan? Ändert sich meine Dienststelle? – und so etwas in der Art, sodass wir deutlich kommunizieren konnten, dass das genau die Parameter sind, die wir uns in den Leitplanken, die gesetzt worden sind, mit den Kolleginnen und Kollegen gemeinsam erarbeiten wollten. Wir haben seitdem neun Sitzungen mit – wir nennen es – Lenkungsgremien gemacht, wo immer alle Direktionsleitungen eingebunden wurden, sodass auch dort kontinuierlich über die Fortschritte berichtet werden konnte. Wir haben acht Sitzungen eines Begleitgremiums durchgeführt. In dem Begleitgremium sind jeweils die Personalvertretungen, die Gesamtbeschäftigtenvertretungen und Gewerkschaften dabei, sodass wir auch da sukzessive während des Prozesses immer die aktuellen Sachstände transportieren konnten. Wir haben acht Mitarbeitendeninformationen insgesamt veröffentlicht und auch eine Seite mit FAQs eingerichtet, wo man sich niedrigschwellig über den aktuellen

Stand informieren kann. Sicherlich waren eines der Kernelemente die Workshops, die durchgeführt worden sind, insbesondere durch den Teilprojektverantwortlichen Herrn Goldack, der für die Maßnahmen auf den Abschnitten verantwortlich ist, sodass in einem ersten Workshop 70 Teilnehmende, insbesondere aus den Bereichen der Direktionen, aus den Abschnitten eingeladen worden sind, um unter der Überschrift „Aufgabenkritik/Abschnitt“ zu diskutieren. Aus diesem Workshop heraus sind zwei weitere Workshops durchgeführt worden, insbesondere wie die Bedarfsgrößen der künftigen Dienstgruppen aussehen, wie die Aufgabenverteilung und vor allem wie Dienstzeitmodelle aussehen könnten.

Wir nehmen wahr, dass es an vielen Stellen ganz viele Fragen gibt, und das ist vielleicht auch das Spannungsverhältnis zu der Situation, nicht schon alles fertig in der Schublade zu haben, sondern auf einen breiten Beteiligungsprozess zu setzen, noch nicht jede Antwort zu haben, sondern erst zu erarbeiten. Da stehen wir momentan kurz vor der Finalisierung. Die Berichte werden aktuell soweit synchronisiert und angepasst, sodass wir auch da in den nächsten vier Wochen einer Übersendung an die Projektleitung und dann zur Vorlage an die Behördenleitung so weit sind und das erwarten. Wir wollen – das ist so weit der Plan – mit einem der sieben Regionalabschnitte noch in diesem Jahr starten. Ich hatte es gesagt – dieser Regionalabschnitt wird die Bündelung der Abschnitte 27 und 28 sein. Das sind die beiden Abschnitte, die in Tiergarten verantwortlich sind. Auch da, wenn man sich die Struktur anschaut, sind es sehr unterschiedliche Herausforderungen: Der Abschnitt 28 mit dem Regierungsviertel, mit einer hohen Versammlungslage, der Abschnitt 27 mit Moabit, ganz andere Kriminalstrukturen als dort, und daraus ergeben sich Synergien, die zusammenzufassen sind. Der Abschnitt 27/28 soll noch in diesem Jahr im Sinne von Best Practice an den Start gehen, um letztlich auch für andere Regionalabschnitte schon Muster zu sein, um aus den Erfahrungen lernen zu können. Für den Beginn des kommenden Jahres erwarten wir dann den Abschnitt 52/53, den wir fusionieren wollen, in Kreuzberg und dann sukzessive über das Jahr die weiteren fünf Regionalabschnitte, sodass die Direktion 2 und die Direktion 5 dann über jeweils zwei Regionalabschnitte verfügen und die Direktionen 1, 3 und 4 über jeweils einen Regionalabschnitt. Der Beginn der Stabsstruktur ist für Anfang des Jahres 2026 in der Umsetzung vorgesehen. – Dann soll es auch der Darstellung an der Stelle Genüge tun, und ich gebe das Wort wieder ab.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Direktor! – Wir kommen dann zu unserer Anhörung. – Vielen Dank noch einmal, dass Sie heute hier sind! Ich würde vorschlagen, dass wir in alphabetischer Reihenfolge vorgehen. Ich würde Sie sehr bitten, vielleicht den Zeitraum von fünf Minuten etwa einzuhalten, wenn das möglich ist. – Herr Teichert, bitte, Sie haben das Wort!

Frank Teichert (Deutsche Polizeigewerkschaft Berlin, DPolG): Sehr gerne! Ich gebe mir Mühe, in den fünf Minuten zu bleiben. Sehr geehrter Ausschussvorsitzender Dörstelmann! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren! „Die Polizei wird es schon richten“ – darauf hat sich Berlin immer verlassen können und das zu Recht. Über Jahrzehnte hinweg ist es uns gelungen, den Laden am Laufen zu halten, egal wie viele Steine man uns in den Weg gelegt hat. Das liegt nicht zuletzt am Selbstverständnis meiner Kolleginnen und Kollegen, sich genau wie Berlin selbst immer wieder neu anzupassen und den Herausforderungen der Zeit gewachsen zu bleiben. Genau an diesem Punkt stehen wir wieder, wie wir es so eben von Herrn Seifert gehört haben. Wir müssen uns anpassen, aber mit welchem Ziel? Mehr Blau auf die Straße, schnellere Reaktionszeiten bei Notrufen? Das ist fast schon eine Luxusdebatte, wenn wir uns anschauen, wie viel Personal denn wirk-

lich an der Stelle freigesetzt wird. Unser Problem ist nämlich viel grundlegender. Wir haben einen ständig schrumpfenden Personalkörper, während die Stadt wächst. Wir hörten das heute zuletzt bei Staatssekretär Hochgrebe, die Einsatzzahlen steigen ebenfalls, gesagt durch Herrn Dregger. Jedes Jahr verlieren wir im Schnitt die Stärke eines ganzen Polizeiabschnittes. Wir könnten theoretisch, wenn wir nichts ändern, einmal im Jahr ein „Geschlossen“-Schild draußen dranhängen. Diese Reform dient also der Sicherung der Funktionsfähigkeit der Polizei Berlin. Es soll ein System geschaffen werden, das mit kontinuierlich sinkendem Personal stabil weiter arbeiten kann, ohne dass es zusammenbricht.

„Die Polizei wird es schon richten“, habe ich Ihnen eingangs gesagt. Dieses Selbstverständnis hat dazu geführt, dass die Polizei heute gefühlt alles macht. Wenn man nicht mehr weiter weiß, ruft man erst einmal die 110. Verstehen Sie mich nicht falsch. Wir sind aus Überzeugung Problemlöser, aber diese Problemlöser gehen Berlin langsam aus. Sie erwarten zu Recht, dass Schriftliche Anfragen an die Polizei zügig beantwortet werden, aber allein das bindet heute schon bei den Belastungen im Stab fast eine ganze Einsatzhundertschaft. Sie hörten den Vergleich von Herrn Seifert zu 2003, als wir noch mit Faxen gearbeitet haben, was wesentlich länger gedauert hat. Eine E-Mail ist halt schnell geschrieben, setzt bei uns im Haus aber eine riesige Lawine in Gang. Gleichzeitig erwarten Sie Sicherheit im ÖPNV, die uns jedes Jahr mit Tausenden zusätzlichen Einsatzstunden bindet. Kontrollen, Amtshilfe, Messerverbotzonen, Demoschutz, Objektschutz – Frau Präsidentin hat es gesagt: Wir benötigen fast 400 Beamte täglich, die unsere Kollegen, die Polizeibeschäftigten im Objektschutz, zu unterstützen. Das sind zwei komplette Polizeiabschnitte oder drei Einsatzhundertschaften. Dabei wurde noch kein einziger Notruf abgearbeitet. All das braucht Menschen.

Die Stellenbesetzung bei der Polizei Berlin ist kein Selbstläufer mehr. Wir schaffen es seit Jahren nicht, alle Planstellen zu besetzen. Die Gründe dafür kennen Sie alle: die unattraktiven Rahmenbedingungen, sowohl für Beamte als auch für Tarifbeschäftigte. Herr Hochgrebe! Sie wissen es vielleicht, wir haben es an Frau Senatorin jüngst herangetragen: Die Eingruppierung nach E 5, also das andere Ende der Nahrungskette, die längst der Vergangenheit angehören sollte, ist noch nicht vollständig umgesetzt worden. Wir stellen immer noch nach E 5 ein. Ein schrumpfender Fuhrpark, marode Dienststellen – das kann ich beliebig lange ausführen.

Sie sehen, dass es so nicht weitergehen kann. Die Behörde verschlankt die Stäbe und strukturiert die Polizeiabschnitte neu, das haben Sie gehört, Maßnahmen, die wir als Gewerkschaft genau beobachten, da es auch massiv in das Rollenverständnis vieler Funktionsträger eingreift, Stichwort Raumverantwortlichkeit; Sie haben es eben gehört. Sie hörten, dass es künftig Basisdienstgruppen geben wird, die sich auf das Kerngeschäft konzentrieren, die Bearbeitung der Notrufe über 110. Alle Kolleginnen und Kollegen in diesen Basisdienstgruppen inklusive ihrer Führungskräfte werden dann gebraucht und das auch schon heute. Das Pendant dazu sind die Präsenzdienstgruppen, die sich um das kümmern, was zusätzlich in der Stadt anfällt: die genannten Verkehrskontrollen, Präsenz im ÖPNV, Schwerpunkteinsätze, Objektschutz, Demonstrationen. Sie kennen das tägliche Geschäft in Berlin, das unseren Alltag prägt. Genau hier braucht es konsequente Aufgabenkritik. Denn im Moment verteilen wir mehr Arbeit auf weniger werdende Schultern. Wir haben inzwischen mehrere Millionen an Überstunden.

Was ist originäre Polizeiaufgabe? Was ist die Aufgabe anderer Behörden? Oder anders gesagt: Wo machen sich andere Behörden einen schmalen Fuß? – Ich gebe Ihnen dazu vier Bei-

spiele: Berlin gönnt sich einen Marathon. Wer müsste die Wegstrecke freiräumen? – Eigentlich die Ordnungsämter. Wer macht es? – Die Polizei. Wenn ein Berliner keine Kfz-Steuer bezahlt, wer müsste sie eintreiben? – Das Finanzamt. Wer macht es? – Die Polizei. Bürger finden Gegenstände auf der Straße. Wer ist zuständig? – Das Fundbüro. Wie der Satz endet, können Sie sich denken. Gefahrenstellen genau das Gleiche, das Tiefbauamt ist zuständig. Wer macht es? – Die Polizei. Die Liste ist lang. Jugendamt, LABO, Lebensmittelaufsicht, Straßenverkehrsbehörde, Umwelt-/Naturschutzamt, eigentlich für nahezu jede Verwaltung in dieser Stadt übernimmt die Polizei eine zusätzliche Aufgabe bei der Ausführung.

Diese Reform ist ein Kraftakt, und sie wird nicht automatisch signifikant mehr Polizei auf die Straße bringen, denn ein Mehr gibt es nicht. Als Ausgleich für weniger Personal helfen nur gute Gesetze und eine Ausstattung auf höchstem Niveau. Diese fehlende Quantität ist nur durch Qualität und auch das nur zum Teil kompensierbar. Das heißt, gut ausgebildetes, hochmotiviertes und anständig bezahltes Personal, um auch gegenüber den anderen Behörden wie der Bundespolizei und der freien Wirtschaft an der Stelle konkurrenzfähig zu bleiben, wenn es um die Nachwuchsgewinnung geht. Lassen Sie mich abschließend sagen: Das ist nicht wenig. Das weiß ich auch, aber wenn Sie den politischen Willen haben, das anzugehen, dann haben Sie uns, die DPoG als Partner an Ihrer Seite. – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Teichert! Fast eine Punktlandung, das ist großartig. Vielen Dank! – Herr Weh, bitte, Sie haben das Wort!

Stephan Weh (Gewerkschaft der Polizei Berlin, GdP): Lieber Herr Ausschussvorsitzender Dörstelmann! Lieber Herr Staatssekretär Hochgrebe! Liebe Abgeordnete! Liebe Polizeipräsidentin Frau Slowik Meisel! Lieber Herr Seifert! Ich möchte mich bedanken, dass ich eingeladen wurde und als GdP auch unsere Meinung zur Strukturreform darstellen kann! Ich hoffe, ich komme verständlich rüber. Wenn mal etwas anders rüberkommt, kurz einen Wink, und ich bin dann wieder dabei. Ganz kurz vorneweg: Ich möchte mich für die Novelle, wenn das ASOG durchgeht, bei allen Beteiligten bedanken. Das ist ein Riesenwurf für die Polizei Berlin, und als GdP freuen wir uns, dass wir den Weg gegangen sind.

Jetzt zur Strukturreform: Herr Matz, Ihre Worte, die Sie anfangs brachten, sind auch für uns die Worte, die im Mittelpunkt stehen. Die Struktur muss die Beschäftigten mitnehmen. Wir sind als GdP, als Gewerkschaft Interessenverband für die Beschäftigten und für eine funktionierende Berliner Polizei, natürlich auch für die Feuerwehr und LABO; heute geht es aber um unsere Polizei. Die Strukturreform wird die Landespolizeidirektion betreffen, also nicht die gesamte Polizei. Sie wird natürlich Auswirkungen haben, aber in der Landespolizeidirektion, ich sage mal da, wo die Schupos arbeiten, die wir draußen in den Hundertschaften sehen, die draußen ihre Arbeit leisten, wird die Strukturreform die größte Wirkung hinterlassen, und zwar vor allen Dingen bei den Beschäftigten. Wir werden am Tag X, wenn wir umstellen, keinen einzigen Beschäftigten mehr und, ich hoffe, auch keinen weniger haben. Wir werden aber schon Arbeiten neu ordnen, und diese Neuordnung wird am Ende dazu führen, dass es subjektiv bei denen, die diese Arbeit leisten, auch zu Mehrarbeit kommt. Jede Struktur hat etwas, und zwar im Mittelpunkt das Funktionieren dieser Behörde.

Wir sind als Gewerkschafter auch in den Personalräten vertreten und sehen, ich sage mal, nicht klassische Arbeitsverdichtung nach dem Personalvertretungsgesetz, aber das subjektive Gefühl, dass sich Arbeit verdichtet, als Risiko dieser Strukturreform für die Beschäftigten.

Denn auch mal Luftholen, auch im Dienst, ist nicht Faulsein, das ist auch mal kurz Luftholen, um vor dem nächsten Einsatz runterzukommen. Insofern glauben wir, dass diese Luftholaktion weniger werden wird.

Warum steht aber diese Strukturreform vor uns? – Na ja, sie steht vor uns, weil – das kritisierten wir in den letzten Jahren auch häufiger – auch viele politische Wünsche unsere Polizei erreichen. Fahrradstaffeln, Fahrradstreifen, mobile Wache, KoB 100, Brennpunkteinheit – alle Kollegen, die dort arbeiten, leisten eine gute Arbeit, aber das sind politische Wünsche, und die sind aus unserer Sicht komplett an unserer bestehenden Struktur, aber auch an unserer Personalausstattung vorbeigeplant. Das haben wir auch immer ganz offen kommuniziert, dazu stehen wir auch. Nichtsdestotrotz leben wir jetzt in dieser Struktur und ja, es ergibt auch Sinn, dass wir Fahrrad fahren, aber wir sind nach wie vor der Meinung, dass wir das Personal dort benötigen, wo es meine Kolleginnen und Kollegen auch entsprechend planen können, und zwar auf den Dienststellen der Polizeiabschnitte und den Hundertschaften. Deswegen sind integrierte Konzepte für uns eher der Schwerpunkt als an unserer Struktur vorbeigeplante Konzepte.

Was sind noch unsere Schwerpunkte der letzten Monate? – Sie lesen es vielleicht auch in den Medien. Das sind die Kernaufgaben. Jede Struktur, die wir bisher unserer Behörde übergeholt haben, hatte irgendwo auch immer das Thema Arbeiten und an den Kernaufgaben arbeiten im Mittelpunkt. Wir würden irgendwann gerne auch aus dem politischen Raum, vielleicht aus Ihrem Raum hier, das Thema Kernaufgaben mal definiert sehen, was Sie sich unter den Kernaufgaben der Polizei vorstellen. Uns ist wichtig: Was muss die Polizei leisten? Was soll sie leisten, aber was kann sie leisten? Wir sind uns alle einig: Die 110, der Notruf, muss funktionieren, Straftaten bearbeiten muss funktionieren, Veranstaltungslagen, Versammlungslagen begleiten, aber auch sichern, muss funktionieren. Das sind die ureigensten Aufgaben dieser Berliner Polizei. Das sind Kernaufgaben. Straftaten verfolgen, Straftaten aber auch durch Prävention behindern.

Was ist heute gelebte Realität? – Der Kollege Frank Teichert hat es angesprochen. Wir überprüfen für das LABO die Melderegister, wir fahren für das Schulamt und machen Schulzuführungen, wir arbeiten für das Sozialamt, machen Hausermittlungen, Lärm/Müll machen auch wir – nicht den Lärm und den Müll, aber wir beseitigen ihn –, und zwar für die Umwelt- und Naturschutzämter, für das Veterinäramt werden wir tätig. Es gibt eine kleine Liste, die ich hier habe, aber die ist am Ende so groß, dass wir sie in der Berliner Polizei spüren. Auch das macht diese Struktur, weil es so ist, wie es ist, notwendig. Seit Jahren ist es wichtig, dass wir diese Themen benennen. Ich hoffe auch, dass sie ankommen.

Als Polizei Berlin kommen wir an unsere Grenzen, und zwar an die Grenzen des Möglichen. Wir haben 2,7 Millionen Überstunden, die Tendenz ist steigend. Wir gehen auf 3 Millionen Überstunden zu. 26 000 Beschäftigte, nicht jeder wird im Schnitt die gleiche Überstundenanzahl haben, aber es sind häufig die Schichtdienstleistenden, und zwar die, die diese Strukturreform am Ende mit Leben füllen. Die werden diese Überstunden weiterhin haben, wenn wir nicht über diese Kernaufgaben reden und überlegen, was wir von unserer Polizei wollen.

Was soll ich groß sagen? – Wir sind natürlich als GdP auch in den letzten Monaten aktiv gewesen, um mal darzustellen, was an Personal auf uns zukommt. Kollege Teichert hat gerade gesagt, wir schließen jährlich einen Abschnitt. Ich meine, wenn ich es jetzt mal überschlage sage mal, im Schnitt erreichen uns 325 Beschäftigte weniger. Wir kriegen die Bewerberzahlen nicht mehr voll, wir haben einen Arbeitnehmermarkt. Wir werden jährliche Pensionswellen erleben, die uns einfach weniger werden lassen, auch was die Fachexpertise betrifft. 320 Leute klingt jetzt – Ich sage mal, die Moritzstraße in Spandau oder der Abschnitt 26 hat 200 Leute, aber wir reden von 320 Leuten, die Funkwagen fahren können, und nicht jeder von einem Polizeiabschnitt fährt Funkwagen. Wir reden also eigentlich fast, wie gesagt, über zwei Außendienstabschnitte, wenn man es jetzt mal so für Sie bildhaft darstellt. Das macht etwas mit uns, und zwar sind das Belastungen, die seit Jahren, nicht nur irgendwann, auf den Schultern der Beschäftigten verteilt werden.

Ich fasse mal zusammen: fast 300 Stunden Überstunden, Tendenz steigend, weiterhin steigende Einsatzzahlen. Herr Dregger, Sie haben es auch gesagt: 7 500 Veranstaltungen, Versammlungslagen, Tendenz steigend. Das ist nicht jedes Mal der 1. Mai, aber es sind Lagen, die betreut werden müssen. Zwei Polizeiabschnitte helfen zurzeit im Objektschutz aus. Das hat meine Polizeipräsidentin auch angesprochen. Die junge Generation, Work-Life-Balance, will jeder in Führung gehen? Warum sich den Stress machen? Muss nicht mehr jeder. Das ist eine Tendenz, die nicht nur die Polizei heute erreicht. Das ist die Tendenz, die in der gesamten freien Wirtschaft auch auf dem Markt ist. Die Pensionswelle und den Arbeitnehmermarkt hatte ich angesprochen, 320 Leute, die wir zukünftig jährlich verlieren. Wir haben Drop-out-Quoten innerhalb des mittleren und gehobenen Dienstes, Ausbildung, aber auch Studium, die zweistellig sind. Leute fangen an, kündigen. Wir haben auch Kündigungen im Dienst. Die Leute sagen: Das macht ihr mit mir nicht, ich habe Familie.

Alles das sind Punkte, die, und jetzt komme ich zur Struktur mal ganz kurz – „ganz kurz“, ich bin da schon die ganze Zeit dabei –, uns als Gewerkschaft natürlich massiv beschäftigen. Wir wurden von der Behördenleitung über diese Zahlen natürlich auch informiert. Viele Zahlen kannten wir, die Dramatik dahinter natürlich auch, aber dass sie so dramatisch sind, macht es für uns schwierig, wenn wir seriös – und wir sind seriös – arbeiten wollen, uns dieser Struktur komplett zu verschließen. Als GdP haben wir natürlich gesagt, dass wir diese Struktur, so wie sie jetzt ist, begleiten wollen und dass wir sie natürlich auch, wie soll ich sagen, mit Forderungen hinterlegen. Diese Struktur lebt von den Beschäftigten, die diese Struktur am Ende auf der Straße leben, das sind auch die Beschäftigten in den Stäben. Da möchte ich auch mal eine Lanze brechen: Die sind nicht alle faul in den Stäben, da wird die Einsatzkräftebetreuung organisiert. Die Leute packen die Verpflegungsbeutel in den Stäben, die planen diese Einsätze, die machen eine ganze Menge. Die sind auch an den Tagen mit draußen, die gehen in die Alarmhundertschaften. Diese Stäbe sind Bestandteil dessen, dass diese Polizei, wie sie heute ist, überhaupt funktioniert. Abschnitte, Hundertschaften und Stäben gesamtheitlich sind am Limit.

Unsere Forderungen – das sagen wir auch ganz ehrlich – haben wir kommuniziert. Ich war jetzt auch noch mit Herrn Matz zusammen, mit Herrn Dregger, aber auch in Richtung Präsidium, und die Senatorin, Herr Staatssekretär, Sie wissen es. Wir haben natürlich Forderungen, die auch monetär sind, die für die Leute auf der Straße auch ankommen. Das hat natürlich auch was mit den Höhergruppierungen, aber auch mit A 13 Z – das ist der A 13er mit Zulage

– zu tun. Stellen, die wir dort schaffen, haben Folgebeförderungen als Nachwirkung. Das ist der Mehrwert, den wir für die Beschäftigten überhaupt sehen.

Ich kann keinem draußen erklären, dass diese Struktur etwas Positives für den, der sie lebt, bringt. Das ist schwierig. Wir bringen diese Struktur auf die Straße, damit Berlin eine funktionierende Polizei hat, damit Sie, wenn Sie draußen sind, in Ihren Wahlkreisbüros den Menschen erklären können: Diese Polizei funktioniert –, aber wie gesagt, als GdP sind wir für die Beschäftigten da. Wir wollen, dass die Menschen, die sie mit Leben füllen, auch etwas davon haben. Wir haben bei den Beamten im Land Berlin eine 40-Stunden-Woche. Die Kollegen, die im Schichtdienst draußen arbeiten, auf den Abschnitten, müssen 41,5 Stunden arbeiten, in den Hundertschaften 41 Stunden. Das sind die Kollegen, die an Wochenenden arbeiten, die nachts kommen, die an Feiertagen für die Stadt da sind, und die arbeiten mehr als jeder andere Beamte in dieser Stadt, und zwar vorausgeplant. Ich rede nicht von Überstunden. Wenn die eine Woche Überstunden nehmen wollen, um eine Woche frei zu haben, müssen die nicht wie jeder andere im Büro 40 Stunden nehmen, sondern sie müssen 41,5 Überstunden abbauen. Wir fordern hier eine ehrliche 40-Stunden-Woche, und zwar für jeden, genau wie er ist.

Ich komme gleich zum Schluss; ich habe das erkannt. – Wir fordern natürlich auch – das ist das ganz große Thema im politischen Raum – endlich die Definition unserer Kernaufgaben. Was ist Ihnen eigentlich wichtig, was diese Polizei als Kernaufgabe leisten muss, und wo sagen Sie, können wir auch mal auf Lücke gehen, weil wir einfach das Personal nicht haben? Beispiele könnte ich nachher auch noch mal im kleinen Kreis bringen. Was ist also Pflicht und Kür?

Eine ganz große Sache – ich glaube, Herr Dregger hat es angesprochen –: Digitalisierung. Wir leben im Jahr 2025, und Digitalisierung ist ein großer Bestandteil aller, und zwar auch der organisierten Kriminalität. Was wir heute an Personal in den Bereich nicht vorhandener Digitalisierung reinbuttern, weil wir Chats auswerten, und zwar händisch, weil wir Voicemails abtippen, ist nicht normal, aber das ist Personal, das wir dort binden, das wir über Digitalisierung freisetzen könnten. Dann hätte auch diese Struktur, wenn wir damit arbeiten könnten, auch einen wirklich großen Mehrwert für die Menschen draußen auf der Straße. Wie Frank Teichert es sagt: Mehr Blau auf die Straße. Wir werden sichtbarer.

Ich könnte jetzt noch ein bisschen ausführen. Ich möchte nur eines sagen: Nehmen Sie es wirklich mit. Nehmen Sie die Beschäftigten vor allen Dingen mit. Wir als GdP vertreten über 14 000 von den Menschen da draußen auf der Straße, die Sie jeden Tag sehen. Wir spüren, dass die Menschen mitgenommen werden wollen. Es ist eine andere Zeit als 2010, als man sich freute, dass man einen Job hat. Heute gehen die Leute, und die gehen auch mit 45 noch, und die gehen einfach nach Baden-Württemberg oder nach Bayern, die gehen auch nach Brandenburg. Nehmen Sie es als Risiko mit: Jeder, der uns verlässt, ist einer, der richtig weh tut in der heutigen Zeit. – Danke schön!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Weh! – Vielen Dank Ihnen beiden! Wir können dann in die Debatte eintreten. – Herr Abgeordneter Dregger, bitte, Sie haben das Wort!

Burkard Dregger (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich würde meine erste Frage an den Senat und auch an die Polizeibehörde richten. Wenn Sie bitte mal darstellen könnten – da

es auch um Eingruppierungsfragen geht –: Was kostet uns das, und was bringt es uns? Wie viele Stellenvollzeitäquivalente werden freigesetzt, um Menschen, um Kolleginnen und Kollegen auf die Straße zu bringen? Ich habe vermisst, dass dieses Verhältnis dargelegt wird, damit wir besser bemessen können, was letztlich die Auswirkungen sind. Was kostet es uns an Mehrbesoldung auf der einen Seite, damit überhaupt die Attraktivität, sich auch für eine herausgehobene Führungsposition zu bewerben, geschaffen wird, und auf der anderen Seite, wie viele Stellen wir freisetzen, mit der Folge, dass wir mehr Kolleginnen und Kollegen im Einsatzdienst, auf der Straße, in den besonderen Lagen haben? Dieses Verhältnis bitte ich noch einmal darstellen, so konkret es nach den Planungen eben möglich ist.

Die andere Frage richtet sich an die Sachverständigen. Vielen Dank für die Ausführungen! Sie haben beide völlig zu Recht gesagt: Wir müssen eine Aufgabenkritik machen. – Das ist letztlich auch eine Aufgabenkritik, die auf der politischen Ebene erfolgen muss. Das kann eigentlich die Polizei nicht alleine. Ich wäre aber dankbar, mal zu wissen, weil Herr Weh das in Bezug auf die Fahrradstaffel ansprach, ob das jetzt Dienststellen sind, die aufgrund politischer Entscheidungen geboren worden sind, wo Sie sagen würden: Die sind nicht effizient, weil sie relativ viele Ressourcen binden und möglicherweise nur überschaubare Ergebnisse produzieren? – Sollen wir diese infrage stellen? Da sind wir natürlich total auf Ihren Ratschlag angewiesen, weil Sie das viel besser beurteilen können als wir. Ich finde es aber richtig, alles mal infrage zu stellen, insbesondere das, was sich Politik früher oder später mal überlegt hat. Wir können es uns nicht leisten, ineffiziente Strukturen aufrechtzuerhalten. Ich kann das gar nicht beurteilen. Ich sehe immer mit Bewunderung alle Kolleginnen und Kollegen im Einsatz, keine Frage, aber Sie können es besser beurteilen. Deswegen wäre ich insofern dankbar für Ihren Ratschlag. – Danke!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dregger, auch für die kurze Nachfrage! – Bitte, Herr Abgeordneter Schrader, Sie haben das Wort!

Niklas Schrader (LINKE): Vielen Dank! – Ich nehme wahr, dass Sie für sich in Anspruch nehmen, diese Reform so zu begleiten, dass sie im Sinne der Beschäftigten stattfindet, und Sie sich dort völlig richtigerweise als Interessenvertretung verstehen. Ich nehme wahr, dass Sie dort auch etwas größere Fragen aufmachen als die engere Frage dieser Reform selbst. Das ist natürlich auch erst mal gut und richtig. Ich habe den Eindruck, es geht sehr stark um die Arbeitsbedingungen, die Sie in dieser Frage aufmachen. Insofern möchte ich in diese Richtung auch Fragen stellen. Sie haben gesagt, dass es auch um die Entwicklung neuer Arbeitszeitmodelle geht, auch im Zuge dieser Reform – ich weiß nicht, ob es jetzt zum engeren Reformprozess gehört oder eher als Begleitung –, aber da interessiert mich, in welche Richtung Sie dort arbeiten, auch mit Blick auf Fragen der Vereinbarkeit, was für die Personalgewinnung mittlerweile, glaube ich, eine sehr entscheidende Frage ist. Wie sehen Sie dort die Fortschritte?

Die gleiche Frage gilt eigentlich auch für den Bereich von Spitzenpositionen. Ich habe mich gefragt, also wenn, wie in der Einführung zu hören war, es so viele Vakanzen bei den Spitzenpositionen gibt, ob es da tatsächlich in erster Linie um finanzielle Attraktivität geht oder auch eventuell um Fragen von Vereinbarkeit. Die Zeiten, in denen der Mann in die Spitzenposition geht mit einer 60-Stunden-Woche und die Frau macht zu Hause den Haushalt, sind einfach definitiv vorbei, auch in der Berliner Polizei. Ich glaube, dass auch das ein Weg sein könnte, die Attraktivität zu steigern. Da würde mich mal interessieren, inwieweit in diese Richtung aus Ihrer Sicht Fortschritte gemacht werden.

Thema Aufgabenkritik: Ich finde das vollkommen legitim, und ich glaube, es steht auch wirklich mal an, dass man das systematisch durchgeht. Meine Frage ist, inwieweit Sie sehen, dass die Entwicklung zu wachsender Armut und Prekarisierung in der Gesellschaft den Aufgabenbereich der Polizei immer größer werden lässt, auch die Belastung. Das ist auch, glaube ich, ein Thema, das man im Zusammenhang mit Aufgabenkritik durchaus mal durchdenken muss. Eine obdachlose Person zum Beispiel: Eine obdachlose Person im Hausflur ist vielleicht auch nichts, wo unbedingt zuerst die Polizei kommen muss, weil es nicht in erster Linie um die Abwehr einer Gefahr geht, sondern um eine hilfebedürftige Person. So etwas nimmt im Stadtbild und auch in den Wohngebieten aber zu. Insofern wäre auch meine Frage, wie weit Sie in diese Richtung bei der Aufgabenkritik Verbesserungsvorschläge haben und dieses Problem diskutiert wird.

Wenn man zum engeren Sinn der Reform kommt, hätte ich Frage: Was sind da Ihre ganz konkreten Verbesserungsvorschläge, was die Neustrukturierung angeht? Was haben Sie im Begleitprozess, den Sie mitgemacht haben, für Forderungen erhoben oder für Bedingungen gestellt? – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schrader! Auch vielen Dank dafür, dass Sie sich so kurzgefasst haben! – Herr Abgeordneter Weiß, bitte, Sie haben das Wort.

Thorsten Weiß (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden, dass Sie heute in den Ausschuss gekommen sind! Ich kann es etwas kürzer machen, weil einige Sachen vorweggenommen wurden. Nichtsdestotrotz von meiner Seite aus auch noch einmal – weil es ja auch von Ihrer Seite aus deutlich geworden ist – das Thema Fachkräftemangel, geeignete Bewerber, die die Polizei wählen, wachsende Anforderungen vor dem Hintergrund vor allen Dingen der explodierenden Kriminalität in der Stadt, Versammlungsgeschehen. Die Zahl dazu hatten wir gehört. Anschließend an die Frage des Kollegen Dregger, der seine Frage an den Senat gerichtet hat, wäre jetzt meine Frage an Sie, wie hoch Sie denn das Potenzial an Dienstkräften einschätzen, das durch die Strukturveränderungen tatsächlich auf die Straße gebracht werden kann. Darum geht es im Wesentlichen. Damit ist auch verbunden, wie Sie die aktuelle Situation bei der Personalgewinnung der Schutzpolizei beurteilen. Ist die aktuelle Personalgewinnungsstrategie Ihrer Meinung nach zielführend, oder was sollte man da verändern?

Dann auch zur grundsätzlichen Struktur gefragt: Werden denn aus Ihrer Sicht die geplanten Veränderungen, gerade was die Abschnitte und Stäbe angeht, zu einer verbesserten Konzentration auf die Kernaufgaben – Sie hatten sie angesprochen – der Schutzpolizei führen? Wenn ja, woran machen Sie das fest? Wie bewerten denn die Gewerkschaften die geplante Strukturveränderung in Bezug auf eine Entlastung der Dienstkräfte und in welchen Bereichen?

Vielleicht abschließend die Frage: Fühlen Sie sich denn als Gewerkschaft, und vor allen Dingen auch Ihre Mitarbeiter intern, in den Reformprozess vollumfänglich eingebunden, oder wo besteht Ihrer Meinung nach Nachbesserungsbedarf? – Danke!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Weiß, auch für die Kürze des Beitrags! – Herr Abgeordneter Franco, Sie haben das Wort!

Vasili Franco (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben ja gehört: Die Polizei kann nicht Problemlöser für alle Entwicklungen der Stadt sein. – Da gebe ich Ihnen sogar vollkommen recht. Das Problem liegt allerdings auch darin, dass man dann Polizei oftmals als Problemlöser für alles haben will. Wenn hier schon der politische Raum adressiert worden ist, dann würde ich da schon auch feststellen wollen, dass es doch allzu gerne auch die CDU ist, die zuerst nach Polizei ruft.

Ich glaube, das Ganze passiert aber, um es auch mal ein bisschen komplexer zu machen, immer dann, wenn Politik vor allem auf Symptome reagiert, anstatt ursachengerecht zu adressieren. Einem Crackabhängigen – auch Herr Schrader hat es gesagt – wird man jetzt nicht helfen können, wenn man sagt: Na ja, gehen Sie mal in die nächste Straßenecke –, oder: Gehen Sie aus dem Hinterhof raus. – Das ist natürlich eine Arbeit, die man dann macht, aber ich glaube, sie ist im Polizeialltag auch nicht besonders erfüllend. Wir müssen auch konstatieren, dass es diese Koalition jetzt ist, die noch mehr Aufgaben für die Polizei schafft. Dann muss man sich halt auch ehrlich machen und überlegen: Ist es uns mehr Polizei für die Durchsetzung von Messerverbotzonen oder für zusätzliche Videoüberwachung wert, oder erkennen wir an, dass wir da vielleicht auch aufgrund von politischen Wünschen Polizistinnen und Polizisten verheizen, weil das für die tatsächlich Zusatzbelastungen sind, die zu dem alltäglichen Dienst und den alltäglichen Problemen hinzukommen?

Dann wird gerade von dieser Koalition gesagt, an der Sicherheit wird nicht gespart. Wer aber dann gleichzeitig an der sozialen Infrastruktur spart, spart eben doch an der Sicherheit. Das gilt eben nicht nur für die soziale oder die gesundheitliche Infrastruktur, das gilt genauso für die Ordnungsämter oder das LABO, auch das haben Sie angesprochen. Man kann also nicht auf der einen Seite über Aufgabenkritik sprechen, aber dann nicht benennen, wer eben und mit welchen Ressourcen das lösen soll. Dazu wäre es auch an der Zeit. Zum Beispiel hatten wir multiprofessionelle Kriseninterventionsteams hier auch schon im Ausschuss. Wie können wir denn Aufgaben so verlagern oder verteilen, dass sie dann tatsächlich auch eine Lösung bieten und dann eben die Polizistinnen und Polizisten nicht immer wieder auf dasselbe Problem stoßen, wohlwissend, dass sie es eigentlich gar nicht lösen können?

Wie sich jetzt aus meiner Sicht auch die Personalsituation bei der Polizei darstellt: Es wäre, glaube ich auch zu einfach zu sagen wir holen uns jetzt einfach viel mehr Polizei, und das wird dann alle Probleme lösen. Ich glaube, die Herausforderung auch in den nächsten Jahren besteht darin, den Personalstand, den wir hier in Berlin haben, zu halten. Sie haben auch vorher gehört, wurde hier auch ausgeführt: die Probleme, die wir durchaus auch bei der Ausbildung haben, und das wird bei wachsenden Aufgaben in Zukunft nicht einfacher.

Zur Reform vielleicht auch noch einmal selbst: Ich persönlich finde es erst mal gut und richtig, dass sich die Polizei und auch die Innenverwaltung Gedanken machen, wie man die Arbeit einer Hauptstadtpolizei effektiv und effizient organisieren kann. Ich verstehe auch, dass Veränderung gerade bei den Beschäftigten erst mal viel Unruhe mit sich bringt. Ich finde aber auch, dass man durchaus aus den Erfahrungen der letzten Polizeireform hier gelernt hat und versucht, die Beschäftigten besser einzubinden. Ich hoffe, das wird auch bis zum Schluss auf diesem Wege getan. So wie ich jetzt Herrn Seifert verstanden habe, wird jetzt in der Direktion 5 und in der Direktion 2 erst einmal begonnen, aber auch das als praktisch laufender Evaluationsprozess. Das ist vielleicht auch ein bisschen unbefriedigend als Beschäftigter, weil man nicht weiß, was denn jetzt genau am Ende rauskommt, aber ich hoffe, dass beide Seiten

da diesen Weg konstruktiv gehen und dass man dann am Ende tatsächlich das hat, was diese Reform verspricht, nämlich einen Effizienzgewinn.

Deshalb von mir ganz kurz die Sachen, die ich als Erwartungen hätte: einmal, dass wir die Stabsbereiche tatsächlich effizienter organisieren, also nicht nur, wie oft denn etwas abgezeichnet werden muss, sondern auch inwiefern Herausforderungen in dieser Stadt strategisch erkannt werden und dann frühzeitig strukturelle Anpassungen erfolgen, zum Beispiel, dass wir so etwas wie mit der Asservatenstelle nicht erst dann bemerken oder angehen, wenn es zu spät ist. Mich würde auch freuen, wenn dann im Folgenden das Ganze mit einer Kriminalitätsbekämpfungsstrategie in Einklang gebracht wird, also was jetzt auch der Fall ist. Wir schauen ganz stark, was auf der Straße passiert, sehen aber dann nicht, zu welcher Arbeit das dann in den K-Bereichen oder auch vor allem im Landeskriminalamt führt und wie man da eigentlich aufgestellt sein muss.

Die letzte Hoffnung, die ich auch mit der Aufteilung in Basisdienstgruppen und Präsenzdienstgruppen verbinde, ist, dass dann auch Zeit für die Präsenzaufgaben bleibt. Ich habe jetzt so ein bisschen abfällig von der einen oder anderen Seite gehört, dass da ganz viele Aufgaben sind, die eigentlich alle nachrangig zum Funkwagendienst sind. Der Funkwagendienst muss aufrechterhalten werden, das ist gar keine Frage, aber auch Kontaktbereichsbeamte machen einen wichtigen Job. Die können auch Früherkennungsmöglichkeiten haben, wenn sie in den Kiezen gut vernetzt sind, können auch Konflikte nicht nur vorhersehen, sie können vielleicht frühzeitig auch moderieren, genauso wie Fahrradstaffel und Fahrradstreife. Da geht es nicht darum, dass wir zum Spaß irgendwelche Polizisten auf Fahrräder setzen, sondern da geht es um Fragen der Verkehrssicherheit. An der Stelle würde ich auch bitten, das nicht abzutun.

Herr Dregger! Ich erinnere mich noch gut, als wir beim Besprechungspunkt der Koalition, nämlich der Verkehrssicherheit, hier über Fahrradstaffeln und Fahrradstreifen geredet haben, hat Ihre Fraktion gesagt: Nein, da gehen wir nicht ran. Das finden wir gut. Das wurde uns hier sinnvoll dargestellt. – Ich würde mir aber auch erhoffen, dass Sie nicht ein paar Monate später bei der nächstbesten Gelegenheit sagen, passt uns politisch nicht in den Kram, wollen wir nicht. Verkehrssicherheit ist ein sicherheitspolitisches Thema. Das ist auch etwas, worum sich die Polizei kümmern sollte. Deshalb sollten wir schauen, wie sich das gut organisieren lässt und das eine nicht gegen das andere ausspielen. – So weit von mir! Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Franco! – Zum Abschluss Herr Abgeordneter Matz. – Bitte, Sie haben das Wort!

Martin Matz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich bin zunächst mal beeindruckt, dass der Kollege von der AfD auch noch eine Frage hatte, weil er über weite Teile des Vortrags der Polizeiführung gar nicht im Saal gewesen ist, sondern in einem Nebenzimmer offensichtlich etwas Besseres zu tun hatte. Das zeigt schon mal, wie groß das Interesse an den Anliegen der Berliner Polizei tatsächlich ausgeprägt ist.

Ich glaube übrigens nicht, Herr Kollege Franco, dass hier die Verkehrssicherheit gegen andere Aufgaben bei der Berliner Polizei ausgespielt wird, aber ich denke, dass wir dazu gleich noch etwas hören werden. Da will ich die Antworten nicht vorwegnehmen. Für mich selbst hat sich durch das Echo, was wir hier insgesamt hatten, die Frage ergeben, ob Sie uns noch einmal genau schildern können, wie Sie institutionell in den ganzen Gremienrunden, die da an der

Polizeistrukturenreform arbeiten, die Beschäftigtenvertretungen von vornherein mit eingebunden haben. Es wäre bestimmt für das Verständnis ganz gut, das nachvollziehen zu können, weil manchmal auch das, was die Polizeigewerkschaften dann vortragen, auch ein Stück weit ein Echo auf das ist, was sie in den Personalvertretungen, im Personalrat erfahren. Das würde mich noch mal interessieren. – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Matz, auch für die kurze Fassung an dieser Stelle! – Dann kommen wir direkt zu unseren Anzuhörenden zurück. Ich schlage vor, vielleicht in der umgekehrte Reihenfolge, wenn Sie einverstanden sind, und wieder etwa so um die fünf Minuten. Das wäre großartig. Wir liegen gut in der Zeit, wenn wir uns daran halten. – Herr Weh, bitte, Sie haben das Wort!

Stephan Weh (GdP Berlin): Danke schön! – Ich hoffe, dass fünf Minuten für all die Fragen reichen. Ich beginne dann mit Herrn Dregger, Aufgabenkritik, politische Wünsche, zum Beispiel Fahrradstreife, Fahrradstaffel: Dass die Kolleginnen und Kollegen da gute Arbeit leisten, ist un widersprochen, sondern sie sind wirklich gut draußen. Die Frage ist: Wie organisieren wir die Kollegen und wo organisieren wir die? Wir reden darüber, dass wir draußen Straftaten haben, und die bearbeiten vielleicht auch schwerpunktmäßig mal Verkehrsordnungswidrigkeiten. Da wir auch vom Tagesgeschäft abhängig sind, wäre es schon gut, wenn wir die Fahrradstreifen – ich rede erst mal von den Fahrradstreifen, die Fahrradstaffel mal ausgenommen – an die Polizeiabschnitte zurückorganisieren, sodass wir dort gezielt zugreifen können, falls es doch mal andere Lagen gibt, wenn wir Personalengpässe haben. Es geht nicht darum, Dinge abzuschaffen. Der Sinn eines fahrradfahrenden Kollegen oder Kollegin ist draußen natürlich gegeben, aber es sollte immer vom Tagesgeschäft abhängig sein.

Deswegen ergibt auch die mobile Wache zum Beispiel Sinn. Wir haben Kontaktbereichsbeamte draußen, die mobilen Wachen fahren raus, das ist wie ein Kontaktbereichsbeamter Nummer 2, dann trinken wir Kaffee mit dem Bürger draußen optional. Und das, was der Kontaktbereichsbeamte draußen macht – ich rede nicht über den KoB 100, der ist ja 100 Prozent, sondern der Kontaktbereichsbeamte, der alles macht, ist der beste Präventionsbeamte. Wie auch Herr Franco sagt, der erkennt schon mal eine Lage vor Ort. Um den geht es nicht, sondern wie effektivieren wir die Kollegen vor Ort. Es war nicht alles schlecht, was früher war. Manchmal hatten wir vielleicht auch das Personal, um die politischen Wünsche zu erfüllen. Heute ist es einfach nicht mehr da. Deswegen: Evaluieren ist nie schlecht. Es soll aber nicht alles schlecht sein.

Herr Schrader! Es ging um die Arbeitsbelastung, und da ging es noch mal darum, wie wir über die Arbeitszeit nachdenken. Im Landesbeamtengesetz haben Sie eine 40-Stunden-Woche für Beamte, und wir haben aber eine Arbeitszeitverordnung für zum Beispiel die Polizei. Da steht drin, dass die Schutzpolizisten in den Abschnitten 41,5 Stunden nicht Arbeitszeit, sondern Anwesenheitszeit haben. Das ist zu planen. Erweitern wir die Arbeitszeit auf 41,5 Stunden, anders als bei jedem anderen, der im Büro sitzt? Bei den Hundertschaften stehen noch die alten Direktionshundertschaften mit 41 Stunden drin. Uns geht es hier um einen Mindeststandard an Gerechtigkeit, und da ist eine Arbeitszeit von 40 Stunden eine Arbeitszeit von 40 Stunden. Wenn Sie jetzt als Kollege der Hundertschaft Überstunden erwirtschaften – die sind ja wirklich gebeutelt –, dann muss der auch 41 Stunden nehmen, um seine Woche freizukriegen. Der im Büro muss 40 Stunden nehmen. Ich hab keinen Unterschied hier in Berlin zwischen Beamten wahrgenommen, sondern jeder hat das gleiche Recht, die gleiche

Pflicht. So kenne ich es als Beamter, und in die Richtung gehen wir. Dass wir als Gewerkschaft natürlich auch sagen, die Schichtdienstleistenden sollen noch mal ganz anders ran, ist jetzt auf dem zweiten Blatt Papier. Wir sehen schon den gesundheitlichen Nachteil, und den kann man monetär durch DuZ bezahlen, wie wir ihn kennen, aber trotz dessen kann man auch über eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit nachdenken. Das ist jetzt nicht Bestandteil der Struktur, sondern ich hatte wenigstens den Mindeststandard, dass alles gleich ist. Das ist der erste Punkt.

Spitzenpositionen in der Berliner Polizei, Frauen und Männer: Ja, es gibt auch immer die Menschen, die sich bewerben. Wir haben, glaube ich, in der letzten Auswahlrunde Masterstudiengang auch Frauen gewinnen können. Ich kenne es aus meiner Polizeidirektion 2, in der übrigens auch die Struktur stattfindet. Ich habe letzten Freitag erst mit einer Kollegin geredet, die sich auch beworben hat, das ist eine ganz taffe Frau. Ja, was spricht oft dagegen? Wir reden über die Leute, die vielleicht auch, ich sage mal, A 11, A 12 oder A 13 sind, die auch sagen: Na ja, mein Mann geht arbeiten. – Wir reden jetzt mal darüber, dass auch die Frau Spitzenpositionen erreichen kann. Na ja, und dann müssen wir eben sehen, dass die sagen: Es ist auch okay, weil meine Kinder mir auch wichtig sind. – Das ist auch das, was man sich auch aus der Politik wünscht, dass man die Kinder auch vernünftig erzieht. Wir müssen, glaube ich, den Spagat machen, natürlich auch gucken: Wie viel Prozent der Frauen und Männer sind überhaupt in dieser Behörde, wie ist die prozentuale Verteilung, gerade im gehobenen Dienst? Wer kann also Potenzial haben, sich in den höheren Dienst zu bewerben? Da muss man immer ran, das weiß ich auch. Frauen sind auch schwerer zu überzeugen, in Führung zu gehen. Warum? – Kann ich Ihnen jetzt aus dem Stegreif auch nicht sagen, aber ich stelle es auch fest: Wenn wir über Führungskräfte im gehobenen Dienst reden, sind wir als Personalvertretung, aber auch als Gewerkschaft in engem Kontakt, zumindest kann ich über meine Polizeidirektion reden. Wir gehen mit der Direktionsleitung durch die Dienststellen, sprechen gezielt Frauen an: Woran klemmt es? Warum wollt ihr nicht? – Ganz häufig ist das Thema Kinderbetreuung immer noch der Punkt, wo sie sagen: Ich möchte auch mein Kind groß werden sehen. – Drei Millionen Überstunden, das möchte vielleicht der eine oder die andere auch nicht mitnehmen. Wir haben nämlich auch Männer, die nicht mehr in Führung gehen wollen, weil sie sagen: Bekomme ich zu Hause nicht hin, da habe ich Probleme in der Partnerschaft.

Aufgabenkritik – da ging es darum, ob eventuell Armut, wachsende Armut oder Privatisierungen, egal in welchen Bereich wir gehen, auch beim Thema Aufgabenkritik vielleicht im übertragenen Sinne eine Rolle spielen könnten; da war der Obdachlose genannt –: Ja, ich kenne es aus meiner Funkwagenzeit. Ich habe im Abschnitt 26, Wilmersdorf, Dienst getan, und wir hatten da auch mit Obdachlosen zu tun. Auch in der BTM-Szene war eine ganze Menge. Da sind wir für das Ordnungsamt tätig geworden. Da sind wir wieder an dem Punkt, wo ich sage, jetzt wird die Polizei gerufen, wie der Kollege Franco sagt, und nicht das Ordnungsamt, oder die wurden gerufen, haben keine Leute, und dann kommen wir ins Spiel. Es ist schon immer so gewesen, dass wir eigentlich gerade mit Obdachlosen in der Direktion 2 – ich rede ganz praktisch über das, was ich wirklich weiß – immer viel Kontakt hatten, Breitscheidplatz, Hardenbergplatz, Spichernstraße und Umgebung. Das war immer ein guter Umgang mit den Obdachlosen vor Ort, also soweit es ging. Wir hatten auch die Bahnhofsmission. Das ist nie einfach, weil natürlich Drogen und Alkohol immer eine Rolle spielen, aber ich glaube, als Polizei sind wir sehr professionell. Da hätten wir uns aber auch mehr Unterstützung der Ordnungsämter gewünscht, die sich genauso professionell aufstellen, was diese Szene betrifft.

Sie lebt mit uns, und sie wird uns auch nie verlassen. Sie wird immer ein Dauerthema sein, diese Szene wächst, da müssen wir auch gucken, aber hätten wir eine andere Weltlage, die wir nicht beeinflussen können, könnten wir über 400 Leute im Objektschutz sparen. Und die Kollegen draußen sind Vollzugsbeamte, sind studiert, die sind ausgebildet, die könnten Funkwagen fahren, die könnten auch in der Szene aktiver gestalten, als vor einer Botschaft zu stehen. Wir rennen so den Lagen hinterher, wissen Sie, und da ist unser Problem, dass uns dann für das Tägliche ganz häufig die Menschen fehlen oder die, die schon belastet sind, durch diese tägliche Lage, so nenne ich mal jetzt, wenn wir mit Obdachlosen zu tun haben, eigentlich schon teilweise überlastet werden. Wir haben wirklich zu wenig bei zu viel.

Was haben wir mit der Struktur, worauf legen wir großen Wert? Das war Ihre Frage im Rahmen dieser Strukturanpassungen. Wir reden zukünftig über Basisdienstgruppen und Präsenzdienstgruppen. Basisdienstgruppen werden zukünftig schwerpunktmäßig Funkwagen fahren und die Präsenzdienstgruppen – ich mache es mal ganz einfach – den Rest. Heute ist es so, dass alle alles machen. Das ist natürlich für Menschen auch total interessant, mal etwas anderes zu machen, nicht jeden Tag Funkwagen zu fahren. Ich glaube, da mussten wir mit der Polizeiführung nicht mal doll kämpfen, es war eigentlich vorher schon Konsens, dass auch eine Durchlässigkeit zwischen Basis- und Präsenzdienstgruppe – da hängen wir natürlich an den Führungskräften – gewährleistet sein soll, dass wir uns da auch unterstützen, was ja heute schon der Fall ist, zwischen den Dienstgruppen, dass wir da Menschen, die heute alles machen, auch weiterhin die Perspektive geben, weiter Funkwagen fahren zu können, aber eben auch mal etwas anderes machen zu können, aus dem täglichen Dienst rausgenommen zu werden, um auch mal runterzukommen und, ich sage mal, niedrigschwelligere Einsätze zu machen.

Davon leben wir, weil als GdP unser Schwerpunkt die Gesunderhaltung der Beschäftigten ist. Immer auf High Level, man selbst merkt es nicht – das kennen Sie vielleicht selbst auch –, aber irgendwann brennt man aus. Da sind Führungskräfte gefragt, da ist aber auch eine starke Gewerkschaft gefragt, dass wir darauf hinweisen, dass da eine Option sein muss.

Herr Weiß, Sie haben gefragt: Wie ist das jetzt zwischen Polizei und Dienstkräften gelaufen? Gibt es hinterher einen Mehrwert auf der Straße? – Wir können diese Struktur noch nicht zu Ende denken. Es gibt immer noch Workshops, die stattfinden, wie wir uns strukturieren. Es ist so, dass nicht nur der höhere Dienst, wie man so sagt, sondern auch die Dienstgruppenleitungen mitgenommen werden, es werden aber auch die Beschäftigten, die diesen Dienst zukünftig leben müssen, in Workshops mitgenommen. Es wird gerade daran gearbeitet: Wie wollt ihr zukünftig arbeiten? – Dabei ist vonseiten der Behörde viel Spielraum gelassen worden. Wir als Personalräte versuchen, die Workshops aktiv zu begleiten. Ob am Ende diese Strukturreform zu mehr auf der Straße führt, dahinter mache ich ein großes Fragezeichen. Es gibt am Anfang vielleicht einen kleinen Mehrwert, aber wie anfangs ausgeführt, werden wir weniger. Diese Strukturreform zielt eher dahin, diese Polizei arbeitsfähig zu halten bei immer weniger Menschen, die wir werden, die dort arbeiten können, aber immer mehr Arbeit, die auf uns zukommt. Es geht also eigentlich eher darum, zukünftig den Status quo zu erhalten. Wir werden im ersten Jahr vielleicht etwas merken, aber der Status quo ist am Ende wichtig.

Die Personalgewinnung innerhalb der Polizei, ob wir Verbesserungen dabei sehen: Es gibt immer Optionen. Wir haben das Beschäftigtenwohnen, die Senatorin hat es jetzt in ihrer Legislatur angestoßen. Draußen in Berlin sind die Mieten teuer. Wer als Azubi und Studi nach Berlin kommt, kommt auch nach Brandenburg und woanders hin und sieht, wenn man moneitär guckt, ganz andere Verhältnisse, was die Miete und so weiter betrifft. Klar, Berlin ist interessant für junge Leute, was das Nachtleben betrifft. Hier kann man was erleben. Aber das muss ich mir auch leisten können, auch da sind natürlich die Preise gestiegen. Ich würde also sagen, es gibt viele Dinge, die wir verbessern können, die Kommunikation zwischen der Polizei und den zukünftigen Azubis und Studis. Da ist aber die permanente Evaluation innerhalb der Behörde im Gange. Da werden wir uns immer wieder neu aufstellen, denn die Zeit rast, und wir müssen teilweise hinterher rennen. Wir sind finanziell nicht so ausgestattet und schieben eigentlich auch dort nur die Mittel hin und her, um attraktiv zu sein. Ein guter Fuhrpark, alles spielt eine Rolle, ob ein junger Mensch zu uns kommt; ob wir digitalisiert sind oder ob er, wenn er bei uns anfängt, plötzlich drei Jahre zurückgeht.

Die Struktur und was die Kernaufgaben betrifft: Klar, wir haben Vorstellungen, was Kernaufgaben sind: Straftaten verfolgen, die Straftatenprävention ist im Bereich Straftaten Kernaufgabe. Der Notruf für den Menschen draußen muss funktionieren. Versammlungslagen, Veranstaltungslagen müssen begleitet und notfalls auch geschützt werden. Das ist die Kernaufgabe der Polizei. Es gibt natürlich auch ganz viele Sachen, die wir vorhin angesprochen hatten, die nicht die Kernaufgabe sind. Wir müssen irgendwann anfangen, und das ist in den Köpfen von uns allen wichtig – ich komme gleich zum Schluss –, zu priorisieren. Beim Priorisieren fangen wir immer damit an, Straftaten zu verfolgen und Straftaten zu verhindern, das ist die Prio der polizeilichen Kernaufgabe. Für alles, was danach kommt – das soll nicht böse und despektierlich klingen –, muss man uns die Luft geben zu sagen: Wir verfolgen erst mal die Straftat, und dann gerne. – Aber die Luft müssen wir als Behörde bekommen.

Die Entlastung der Abschnitte: Wir hatten es in dem Sinne schon mal gesagt, wir gehen in den Status quo über.

Kollege Franco hat kurz angerissen, es solle niemand ausgespielt werden. – Uns ist es wichtig, dass wir all die Aufgaben, die wir haben, in bestehenden Strukturen erarbeiten und belassen. Eine Fahrradstreife können Sie ja machen, aber die Frage ist: Wie strukturieren wir sie? Wo packen wir sie ran? Es ist wichtig, dass wir in unseren Strukturen, in denen wir denken, in denen wir personell aufgestellt sind, perfekt arbeiten, denn sonst verlieren wir als Behörde die Effektivität. Wenn wir alles dezentralisieren, heißt das, wir zerpfücken und zerfleddern – eine mobile Wache, eine Fahrradstreife, eine Fahrradstaffel. Wir müssen zentralisieren, um effektiv zu sein. Das ist diese Nummer Regionalabschnitt. Wir zentralisieren eigentlich gerade, um das, was wir an Personal noch haben, effektiv einzusetzen. Da muss der Schwerpunkt liegen, egal, was für politische Wünsche irgendwann mal kommen. Das Wort darf nicht böse verstanden werden. Denken Sie bitte daran, diese Dinge in den vorhandenen Strukturen einzubauen und auch aktiv die Polizei zu fragen: Könnt ihr das leisten? – Wenn dann alle zusammen am Tisch sind, und wir kommen gerne mit hinzu, können wir gemeinsam nach vorne gehen. – Danke schön!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Weh! – Herr Teichert, bitte, Sie haben das Wort!

Frank Teichert (DPolG Berlin): Vielen Dank! – Ich versuche, alle Ihre Fragen zu beantworten. Wenn mir eine durchs Raster gegangen ist, gerne noch mal nachfragen, das war dann keine Absicht. Ich gehe auf alles gerne ein. – Wir dürfen nicht vergessen, wenn wir jetzt über die Reform sprechen, dass wir von den Möglichkeiten innerhalb der Landespolizeidirektion reden. Alles darum herum, das LKA und was sonst noch dazukommt, wird an der Stelle nicht angefasst.

Gehen wir mal zur Aufgabenkritik und zu der politischen Entscheidung, diese Fahrradstaffel in der Form, wie es sie gibt – Fahrradstaffel, Fahrradstreifen –, entstehen zu lassen. Ich glaube, das ist sogar hier im Haus geboren, dass sie um 30 Prozent ansteigen sollte. Das war also keine Vorgabe von uns und auch nicht von der Polizei selbst. Allerdings möchte ich auch nicht absprechen, welchen Vorteil der Verkehrsmix hat. Nehmen wir jetzt bloß mal: 15 Uhr, Hauptbahnhof, da kommt kein Auto wirklich voran. Da kann man das Blaulicht und das Martinshorn anwerfen, das Voranschreiten ist da echt überschaubar. Was die Kollegen, die dort mit dem Fahrrad unterwegs sind, am Ende machen, ist eine andere Frage, dass sie mehr oder weniger bloß damit beschäftigt sind, Strafzettel zu schreiben. Egal, in welche Richtung, die Straßenverkehrsrechtstreue ist in Berlin an einigen Stellen wirklich ausbaufähig, die Kollegen sind also ganz gut ausgelastet. Oder sagen wir mal, das Parken auf einem Radschutzstreifen: Bis ein Umsetzwagen da ist, dauert das mal eine halbe Stunde, und wenn wir die Rush Hour dazu nehmen, dauert es noch länger. Das heißt, wir binden für die Umsetzung eines Fahrzeuges dann eine komplette Streife, ob der jetzt in einem Auto sitzt oder auf dem Fahrrad, das Fahrrad kommt nur eher an.

Wenn wir uns den Unterschied zwischen den Basis- und Präsenzdienstgruppen angucken, auch die Durchlässigkeit – das hat Kollege Weh gerade schon richtig gesagt –: Wir können danach nicht mehr jeden politischen Wunsch erfüllen, so hehr die Vorsätze an der Stelle auch sind. Aber wir müssen uns ehrlich machen: Bei einem Schrumpfen der Präsenzdienstgruppe

mit den Kollegenzahlen, die wir haben, wird das weniger. Das heißt, immer wenn aus diesem Haus hier eine neue Idee geboren oder aus dem politischen Raum allgemein an uns herangetragen wird, um die wir uns kümmern müssen, müssen Sie bedenken, dass eine andere Aufgabe wegfallen muss. Es wäre schön, wenn Sie auch sagen und sich dazu bekennen, dass, wenn Sie das wollen, Sie auf das andere verzichten. Was die Polizei kann, das ist wie die berühmte Tischdecke für den zu großen Tisch: Je nachdem, an welcher Ecke wir ziehen, entblößen wir dadurch eine andere Stelle. Und die Decke wird kleiner, die wird jeden Tag neu heiß gewaschen. Genauso fühlen sich die Kollegen in dem Fall übrigens auch.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: 60 Prozent der Zeiten in unseren Einsatzhundertschaften sind entweder Alarmdienste oder Dienstzeitverlagerungen. Das ist schwierig, gerade für unsere jungen Berufsanfänger, die in das Berufsleben starten. Die fangen in der Regel nicht in den Abschnittskommissariaten an, die gehen in die Einsatzhundertschaften. Die überlegen sich das ganz genau. Stephan Weh hat es gesagt, die Generation Z – das ist nicht nur bei uns, das ist in der ganzen Stadt so – schaut sich ganz genau an, was sie bei uns machen müssen und was sie woanders bekommen. Die Auswahl ist groß. Wie gesagt, man muss nicht mal den Beruf wechseln, man kann auch einfach gucken: Was macht eine andere Polizei? Brandenburg? Was macht die Bundespolizei? – Genau das Gleiche: Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen, all das, was darum herum ist, ist an vielen Stellen besser als in Berlin. Ich möchte eine Lanze brechen: In Berlin hat sich vieles verbessert, und wir sind auch wirklich vorangeschritten, aber wir haben an ganz vielen Stellen wirklich noch Nachholbedarf.

Sie haben das Beispiel mit dem Einsatz Obdachlosigkeit gebracht. Ich bin acht Jahre lang im Wedding Funkwagen gefahren, und ich hatte den Leopoldplatz jeden Tag direkt vor meiner Tür. Das ist vielleicht nicht immer appetitlich. Gerade Menschen mit Suchterfahrungen oder großen Belastungen, Menschen, die mit ihrem Leben selbst überfordert sind, binden viele Kapazitäten von uns. Aber an der Stelle menschelt es auch ganz viel, denn da kommt ein Schutzmann an, der jeden gleich behandelt. Den Menschen, den ich heute vielleicht sanktionieren musste, weil er sich aufgrund der Auswirkungen des Drogenkonsums daneben benommen hat, der mich am nächsten Tag ruft, behandle ich dann genauso wie den, der mich am Tag davor gerufen hat. Dann sind wir da, und dann helfen wir. Ja, das kostet Zeit, das ist die Sache mit dem Problemlöser. Der Unterschied ist allerdings: Wenn die Polizei kommt, wissen wir in der Regel, mit wem wir sprechen müssen. Das muss der Bürger nicht. Der sieht, es geht jemandem schlecht. Wen rufe ich? – Ich rufe die Polizei. – Das habe ich in meinem Eingangsstatement gesagt. Wenn der Polizist oder die Polizistin dann da ist, weiß er oder sie: Wen muss ich jetzt anrufen? Wem muss ich einen Bericht schreiben? Das Straßen- und Grünflächenamt bei Verwahrlosung, das Sozialamt, die freien Träger, die wir alle haben, die Kältehilfe in der Nacht. Der Bürger muss nicht wissen, wie die Nummer des Kältehilfetelephons ist. Es ist schön, wenn er es weiß, aber ich setze es nicht voraus. Ein Schutzmann und eine Schutzfrau da draußen wissen auf jeden Fall, wie diese Nummer ist, und die kümmern sich um das Problem. Wie gesagt, es ist nicht immer schön, aber es gehört dazu. Für uns ist wirklich jeder gleich. Man mag uns unterstellen, dass wir Unterschiede an manchen Stellen machen, aber das tun wir nicht. Das kann ich Ihnen sagen. Ich kann für meine Kollegen sprechen: Das tun die nicht.

Zu Chancen für neue Regionalabschnitte Folgendes: Oft, auch bevor die Reform angestoßen wurde, haben wir verschiedene Dienstplanmodelle durchprobiert, durchexerziert: Was kann man machen? Wie schaffen wir größere Freiphasen bei gleicher Wochenarbeitszeit? Was

kann man da machen? – Oft scheitert es daran, dass die Abschnitte gar nicht den Personalkörper haben, um dieses oder jenes Dienstplanmodell durchzuführen. Das kann man manchmal gar nicht. Das fängt schon an: Ein Abschnitt hat vier Dienstgruppen, der andere hat fünf. Wenn man das im rollierenden System betrachtet, hat der Fünfer natürlich andere Möglichkeiten. Wenn wir jetzt Polizeiabschnitte zusammentun, dann haben wir einen wesentlich größeren Personalkörper, vielleicht auch für einen größeren Raum, aber mit dem Personalkörper kann man ganz anders jonglieren. Das ist eine Chance, die wir an der Stelle haben, die wir sicherlich nutzen werden. Davon bin ich ganz fest überzeugt.

Spitzenpositionen im höheren Dienst: Ja, hart umkämpft! So ein Masterabschluss ist Gold wert, und den möchte auch jeder haben. Wir möchten ihn haben, aber das möchten auch andere, und da ist schnell mal gewechselt. Jemand, der ein zweites Staatsexamen hat, ist bei uns herzlich willkommen, aber das ist er nicht nur bei uns. Selbst wenn er gerade hier war, kann er jederzeit abwandern. Wer hält ihn denn davon ab? Wir haben es heute gehört: Es gibt keine Zulagen, es gibt keine Sonderzahlungen in der Form, die uns in der Polizei davon unterscheidet, was vielleicht draußen gezahlt wird. Da müssen wir schon schauen, dass wir das attraktiv machen. Oder das Problem, mehr Frauen in Führungspositionen zu kriegen: Nehmen Sie es mir nicht übel, aber ich sage ganz oft: Männer machen, ohne zu können, und Frauen können, ohne zu machen –, um es mal auf das Wesentliche herunterzubrechen. Die Motivation von unseren Kolleginnen, in Führungspositionen zu gehen – ist manchmal gar nicht so leicht, sich da durchzusetzen. Daran müssen wir arbeiten. Das tun wir auch, da bin ich mir sicher. Ich habe viele Gremien begleitet, in denen das gemacht wird, aber da ist noch Luft nach oben. Das machen wir, darauf können Sie sich verlassen.

Ich hoffe, ich habe die Fragen beantwortet. Wenn sich jetzt jemand nicht beachtet gefühlt hat, gerne noch mal nachsteuern, dann gehe ich darauf noch ein. – Danke!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Teichert! – Jetzt hat der Senat noch mal die Möglichkeit zu einer kurzen Stellungnahme, es sind auch Fragen an ihn gerichtet; aber ich finde, wir haben das hier bisher hervorragend erörtern können. – Herr Staatssekretär, bitte, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Anzuhörende! Sehr verehrte Abgeordnete! Ich bin sehr dankbar für die Ausführungen und die Debatte, die wir in diesem wichtigen Themenfeld in der letzten Stunde miteinander geführt haben. Ich hatte es eingangs schon deutlich gemacht: Wir haben uns gemeinsam sehr viel Arbeit und Mühen gemacht, verschiedene Aspekte beleuchtet und wirklich viele Stunden gearbeitet. Ich kann Ihnen sagen, dass Herr Seifert und die Kolleginnen und Kollegen, die federführend mit der Ausarbeitung betraut waren, Wochenenden um Wochenenden gegessen haben, um diese Dinge zu beleuchten, die auch hier völlig zutreffenderweise zur Sprache gekommen sind. Deswegen bin ich sehr dankbar für die Impulse, die sowohl von den Abgeordneten, aber vor allen Dingen natürlich von den beiden Anzuhörenden gekommen sind.

Ich möchte gleichwohl noch mal unterstreichen, ich habe das am Anfang auch schon getan, dass natürlich die Debatte um die Kernaufgaben der Polizei eine Debatte ist, die unglaublich wichtig ist, und dass wir dort auch Verbündete brauchen. Das sage ich insbesondere in Richtung der Abgeordneten, die in den Bezirken und Wahlkreisen verankert sind, auch mit den

Bezirken ins Gespräch zu kommen. Herr Teichert hat völlig zutreffend ausgeführt, dass das Umsetzen eines falsch geparkten Fahrzeuges mindestens eine halbe Stunde dauert; ich finde das noch ein bisschen optimistisch, meistens dauert es ein bisschen länger. Das bindet dann einen Streifenwagen für eine Stunde. Das ist die originäre Aufgabe der bezirklichen Ordnungsämter. Wir müssen gemeinsam dafür werben, dass wir uns, was solche Dinge betrifft, tatsächlich auf die Kernaufgaben fokussieren können und die Ressourcen entsprechend freigeben.

Wir haben darüber hinaus aber auch viele Maßnahmen gemeinsam mit der Polizei. Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik Meisel und ich sind in einem sehr engen Austausch, was die Digitalisierungsmaßnahmen betrifft. Das sind zum einen natürlich – deswegen freuen wir uns in gleichem Maße, wie Sie das tun, über die Novelle des Polizeirechts in Berlin – die Möglichkeiten, die die Technik uns erlaubt, Stichwort Videoüberwachung, wovon wir uns eine sehr starke Entlastung im Polizeivollzugskörper erhoffen, aber auch die ganzen Dinge – das ist hier zum Ausdruck gekommen –, die das manuelle Abtippen einer Voicemail, Herr Weh, nicht mehr nötig machen. Da sind wir auf einem entsprechenden Weg und beleuchten das, weil es völlig richtig ist, dass diese Aspekte der Digitalisierung und der technischen Möglichkeiten, die es heute gibt, genutzt werden, um die Polizei von Verwaltungsaufgaben zu entlasten, das hatte ich eingangs auch gesagt.

Gleichwohl möchte ich dem Eindruck entgegentreten, Herr Teichert, dass wir einen ständig schrumpfenden Personalkörper haben. Das ist nämlich nicht so. In den Sparjahren war das in der Tat so, aber seit 2016 haben wir einen aufwachsenden Körper in der Polizei Berlin. Ich hatte Ihnen heute Morgen schon gesagt, dass der Senat entschieden ist, auch die Ausbildung im Polizeidienst, sowohl im mittleren als auch im gehobenen Polizeidienst, an den vollen Ausbildungskapazitäten der Polizeiakademie und der HWR fortzuschreiten und diesen Weg weiter zu gehen, damit wir all diesen Herausforderungen begegnen können. Gleichwohl ist die Attraktivität des Berufsfeldes etwas ganz Entscheidendes. Ich finde, es kann sich durchaus sehen lassen, was wir in dieser Legislaturperiode, aber auch davor schon, für die Polizei gemacht haben, was Zulagen betrifft, was Ausnahmegenehmigungen für das Parken betrifft, was Fragen rund um das Beschäftigtenwohnen betrifft, und die Liste ist noch viel länger.

Frau Innensenatorin Spranger macht an jeder Stelle immer wieder deutlich, dass es natürlich wichtig ist, gute und moderne Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu schaffen, dass wir sie gut und modern ausrüsten. Wir haben die Kolleginnen und Kollegen mit Bodycams ausgerüstet. Wir haben den Taser angeschafft. Wir investieren in eine moderne Schutzausrüstung für die Kolleginnen und Kollegen, angefangen bei denen, die auf Streife sind, bis hin zum SEK und MEK, die gerade eine neue Schutzausrüstung bekommen, hoch modern ausgerüstet. Insofern will ich dem Eindruck ein bisschen entgegentreten, da passiert nichts und das schrumpfe alles nur. Das Gegenteil ist der Fall. Der Polizeivollzug wächst im Polizeikörper auf. Nach meiner privaten Vorstellung könnte das noch ein bisschen deutlicher aufwachsen, aber auch da sind wir natürlich haushälterischen Zwängen ausgesetzt. Wir tun gemeinsam, Frau Polizeipräsidentin, glaube ich, an jeder Stelle sehr viel, um immer wieder deutlich zu machen, dass der Mensch in Uniform wichtig für das Funktionieren der Polizei Berlin ist, dass wir das wertschätzen, dass wir uns vor die Kolleginnen und Kollegen der Polizei Berlin stellen und das an jeder Stelle immer wieder betonen.

Es waren noch zwei, drei konkrete Einzelfragen, insbesondere zu den haushälterischen Auswirkungen. Die Polizei ist deutlich kompetenter als ich, das zu beantworten, sodass ich darum bitten würde, das Wort noch einmal dorthin zu übertragen.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Das tue ich gerne. Ich schaue mal in die Richtung, wem ich es übertragen soll. – Das ist Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik Meisel. Ich bitte aber darum, auf die Zeit zu achten. Wir möchten gleich auch noch zu der zweiten Anhörung unter dem nächsten Tagesordnungspunkt kommen. – Bitte, Sie haben das Wort!

Dr. Barbara Slowik Meisel (Polizeipräsidentin): Ich mache es ganz schnell! – Das war jetzt ein Parforceritt durch wirklich unfassbare Themen. Das ist auch gut so. Vielleicht noch mal ganz kurz zur Ausbildung, ergänzend zu den Ausführungen des Staatssekretärs: Ein so düstere Bild, wie Sie es im Moment zeichnen, haben wir Gott sei Dank nicht. Wir sehen immer wieder Schwankungen, wir haben aber zum Beispiel im mittleren Dienst 2024 und 2023 99 Prozent beziehungsweise 102 Prozent einstellen können, im gehobenen Dienst 96 und 95 Prozent. Also ganz so düster ist es nicht. Wir haben mit einer Drop-out-Quote zu kämpfen, wie alle Arbeitgeber. Da liegt die Polizei Berlin im Vergleich zu anderen Polizeien, ohne hier Namen nennen zu wollen, deutlich besser und im Vergleich zu sonstigen Studiengängen wie Ingenieurstudiengängen oder Rechtswissenschaften auch deutlich unter den Drop-out-Quoten dort, auch bei der Ausbildung deutlich unter zum Beispiel Handwerksberufen. Es ist alles nicht so einfach, aber wir liegen da immer noch sehr gut.

Es war die Frage: Was habt ihr bei der Nachwuchsgewinnung alles getan? – Wir haben vieles getan, das kann ich jetzt hier nicht alles wiederholen, Wohnangebote Radelanstraße, Lichtenberg – das haben wir schon lange –, Wohnungsfürsorge, Führerschein. Wir haben eine wirklich modernste Personalgewinnung, die wir jetzt noch mal extern begleiten lassen, und wir setzen ein Employer Branding auf, arbeiten also mit modernsten Instrumenten. Das aber nur am Rande.

Zur Digitalisierung kann ich nur bekräftigen, dazu nur ganz kurz mein Credo: Die Digitalisierung kostet Geld. Das kostet richtig Geld. Wenn wir das nicht bekommen, dann haben wir dort große Schwierigkeiten. Einen Plan haben wir, wir brauchen nur die Mittel.

Jetzt aber zu der entscheidenden Frage zur Reform, Herr Dregger: Was kostet das? – Wenn man es kurz machen möchte – Herr Seifert könnte das gerne noch differenzierter tun –, es war der Auftrag von mir: natürlich stellen- und kostenneutral. Wir leben als Polizei nicht im Wolkenkuckucksheim. Der klare Auftrag war, es darf nicht mehr kosten. Das tut es nicht. Wir schätzen eine zusätzliche Präsenz von 200 bis 300 Kräften auf der Straße als Output dieser Reform. Das ist eine Schätzzahl, das ist klar.

Herr Schrader, zu Ihrer Frage: Warum ist A 15 nicht mehr attraktiv, familiär oder was auch immer? – Ganz kurz auch schlaglichtartig: Bei 27 000 Beschäftigten verfügte die Polizei Berlin bisher über 26 A-16-Funktionen. Das heißt, nur jeder Zehnte im höheren Dienst hat überhaupt die A 16 erreicht. Dafür sollte er bereit sein, als gehobener Dienst in ein schwieriges Auswahlverfahren zu gehen, ein Studium in Münster zu absolvieren mit allen Schwierigkeiten, die das familiär mit sich bringt, und dann flexibel zu sein, denn der höhere Dienst wird in Berlin sehr flexibel, auch kurzfristig, umgesetzt. Das alles sollte er tragen und überlegt sich natürlich als gehobener Dienst: Ich habe jetzt Gott sei Dank seit langen Jahren endlich gute

Beförderungschancen, ich werde also die A 13S erreichen – ungefähr auf gleicher Höhe wie A 14 –, dann kriege ich noch die eine Stufe, und wahrscheinlich ist dann Schluss. – Das ist eben nicht für jeden attraktiv; das auch nur ganz kurz formuliert.

Laufende Evaluationsprozesse: Das ist richtig. Beim letzten Mal waren es ganz konkrete Planungen. Ich glaube, ich bin fast die Einzige hier, die, auch damals schon gemeinsam mit Herrn Seifert, die letzte Reform konzipiert und durchgeführt hat. Es gab aber auch, Herr Franco, 2020 wirklich enge Einbindungen der Beschäftigten. Es gab auch ein Begleitgremium. Das gab es alles. Ergänzend, weil wir es vorhin nicht gesagt haben, zur Frage: Was machen wir noch bei den Beschäftigtenvertretungen? – Wir werden jetzt auf Einladung des GPR die Beschäftigtenvertretungen aller Direktionen und aller Dienststellen einladen und dort die Reform erläutern und auch allen Kräften des höheren Dienstes. – Sollte es jetzt noch etwas geben, was ich vergessen habe, dürfte Herr Seifert vielleicht noch ergänzen.

Roman Seifert (Polizei Berlin): Ich kann vielleicht in einer Minute noch kurz ergänzen. Herr Franco hat die Frage nach der Kriminalität gestellt. Wir haben natürlich gerade bei den Abschnittskommissariaten mit den örtlichen Referaten K und dem LKA den Austausch, sodass gerade im Bereich der Massendelikte eine Synchronisation stattfindet. Das ist ganz wichtig in dem Prozess.

Vielleicht zu dem Punkt, der immer wieder kam, dem Dienstzeitmodell: Worauf wir einen sehr großen Wert legen, ist das Thema Verlässlichkeit, auch das ist angesprochen worden. Die vielen Dienstzeitverlagerungen spielen eine große Rolle. Insofern ist es gerade bei den Basisdienstgruppen künftig möglich, im Einsatzstufenplan – so nennen wir es – sehr genau zu berechnen, wie viele Kräfte wir dafür brauchen, und gemeinsam mit den Mitarbeitenden individuelle Lösungen zu erarbeiten. Ich glaube, das wird der wesentliche Punkt sein. Auch heute gibt es auf den Abschnitten schon verschiedene Dienstzeitmodelle. Das wird später entsprechend betrachtet.

Auch für die Einsatzhundertschaften, unabhängig von der Strukturreform, findet eine Evaluation des Dienstplans statt, der in Kürze in die Beteiligung mit den Gesamtbeschäftigtenvertretungen und der Direktion Einsatz/Verkehr geht. Genau das sind die Punkte, die uns besonders wichtig sind. Das vielleicht noch als kurze Ergänzung. – Danke schön!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Vielen Dank, Herr Direktor! – Wir werden noch Gelegenheit haben, das Thema erneut zu erörtern, wenn das Wortprotokoll vorliegt. Vielen Dank vor allem natürlich unseren nun Angehörten! Herzlichen Dank, dass Sie heute hier waren, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben und diese Fragen sehr umfassend und präzise beantwortet haben! Dafür vielen Dank!

Ich denke, wir vertagen diesen Tagesordnungspunkt bis nach der Vorlage des Wortprotokolls, wie wir immer verfahren. – Ich sehe keinen Widerspruch, dann verfahren wir so.

Ich rufe auf

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf
Annahme einer EntschlieÙung
Drucksache 19/1906
**Demokratie schützen: Berlin braucht eine
Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus**

[0183](#)
InnSichO(f)
IntGleich*
KultEnDe*

Hierzu: Anhörung

Zunächst ergeht der Hinweis, dass zu diesem Punkt zwei Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse vorliegen, die ich Ihnen kurz vortrage: Der Ausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung empfiehlt mit Stellungnahme vom 12. Mai 2025 mehrheitlich – mit CDU, SPD und AfD, gegen Grüne und Linke –, den Antrag abzulehnen. Ferner: Der Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung empfiehlt mit Stellungnahme vom 12. Juni 2025 mehrheitlich – mit CDU, SPD und AfD, gegen Grüne und Linke – ebenfalls, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss hat sich entschlossen, auch zu diesem Antrag eine Anhörung durchzuführen. Ich gehe davon aus, dass auch in diesem Fall, wie eben, nach § 26 Absatz 7 Satz 4 der Geschäftsordnung die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Das ist der Fall. Dann verfahren wir so.

Ich darf hier als Anzuhörende in alphabetischer Reihenfolge begrüßen: Herrn Peter Anhalt von der Violence Prevention Network gGmbH, Fachbereich Rechtsextremismus, Frau Elvira Berndt von Gangway e. V. und Herrn Simon Brost, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, MBR. Seien Sie alle herzlich willkommen zum heutigen Thema!

Es erfolgt zunächst die Begründung zu dem Antrag durch die antragstellende Fraktion, das ist in diesem Falle Bündnis 90/Die Grünen. Das Wort hat Herr Abgeordneter Mirzaie. – Bitte!

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE): Vielen herzlichen Dank, auch dass wir es jetzt zwar mit Verzögerung, aber doch trotzdem zeitlich noch geschafft haben! – Ich begrüÙe natürlich auch unsere Anzuhörenden. Vielen herzlichen Dank, dass Sie sich so kurzfristig Zeit genommen haben und dass Sie hier gewartet haben, bis die vorige Anhörung zu Ende war! Vielen herzlichen Dank für Ihre Geduld! Ich begründe zunächst den Antrag, und dann freue ich mich auf die Diskussion hier in diesem Raum.

Rechtsextreme treten in Berlin immer selbstbewusster und gewaltbereiter auf und wollen ein Klima der Angst schaffen. Schwere Gewalttaten sind keine Einzelfälle mehr, sie haben System. Wir sehen ein Erstarken der aktionsorientierten Neonaziszene, die immer jünger und weiblicher wird. Gleichzeitig wächst auch die Gefährdung durch den parteiförmigen Rechtsextremismus. Mit der AfD sitzt der parlamentarische Arm der extremen Rechten mit in diesem Ausschuss. Es ist die Politik der AfD, die den Nährboden für rechten Terror und rechte Gewalt schafft. Der Rechtsextremismus ist also nicht nur die größte Bedrohung für unsere Demokratie, er ist auch ein wachsendes und von diesem Senat sträflich unterschätztes Sicherheitsrisiko für die Menschen in Berlin. Rechte Straftaten sind auf einem alarmierenden Höchststand. Das belegen etliche Quellen, von den Polizeistatistiken des Bundes und des

Landes bis zu den Zahlen des Berliner Registers. Wem das nicht reicht, der kann einmal in der Woche einen Blick in die Zeitungen werfen: Die Naziattacke auf Reisende am Ostkreuz, der Angriff auf SPD-Wahlkämpfende in Lichterfelde, die Hetzjagd auf den 16-jährigen Schüler Leon W. aus Hellersdorf, der Angriff auf den Jungpolitiker Lasko Schleunung aus Hohen-schönhausen, unzählige Übergriffe an S-Bahnhöfen wie zum Beispiel in Lichtenberg, der Angriff auf Touristinnen und Touristen in der U2 in Mitte vor wenigen Wochen, die Attacke gegen Staatsschutzbeamtinnen und -beamte am Alexanderplatz und vor ein paar Tagen der versuchte Angriff aus einem rechtsextremen Aufmarsch heraus auf Teilnehmende der Mar-zahn Pride.

Doch die schwarz-rote Koalition drückt sich vor ihrer Verantwortung, dem Erstarken des Rechtsextremismus wirksame Maßnahmen entgegenzusetzen. Es ist schon bezeichnend, dass eine Partei wie die CDU, die sich immer groß die Sicherheit auf die Fahnen schreibt, zu einer der größten sicherheitsrelevanten Gefahren in unserer Stadt schweigt. – [Kurt Wansner (CDU): Ruhe!] – Keine Positionspapiere! Keine Anträge! Keine Pressekonferenzen! Keine bildstarken Aktionen! Ich werde nicht Ruhe geben, denn das muss kritisiert werden. Das riesige Sicherheitsrisiko Rechtsextremismus ist bei der Union nur eine Randnotiz. Es braucht auch nicht viel Kreativität, um zu vermuten, dass es die CDU ist, die in dieser schwarz-roten Koalition beim Kampf gegen rechts auf die Bremse tritt. Da möchte man als Fachpolitiker oder Fachpolitikerin wirklich nicht mit den SPD-Kolleginnen und -Kollegen tauschen. Mein Beileid an dieser Stelle!

Weil von diesem Senat nichts kommt, haben wir Grünen den heutigen Antrag vorgelegt. Es ist ein Zehn-Punkte-Plan, der zumindest mal unterschiedliche Bereiche adressiert, vom Schutz demokratisch engagierter Personen über die Intensivierung der Strafverfolgung und die Verschärfung des Waffenrechts bis hin zum Ausbau von Präventions- und Beratungsstrukturen, die wir gerade auch mit dem Blick auf die Jugendlichen in dieser Stadt dringend brauchen. Deshalb sind es wir Grünen, die schon seit Monaten flankierend dazu einen Sicherheitsgipfel fordern, der Politik, Sicherheitsbehörden, Verkehrsbetriebe, Wissenschaft und Zivilgesellschaft endlich an einen Tisch bringt.

Denn es braucht jetzt ein politisches Signal der Entschlossenheit. Ich war in den vergangenen Monaten und Wochen, glaube ich, auf fast jedem Neonaziaufmarsch, den es gab, und auf jedem Anti-rechts-Protest in dieser Stadt vor Ort, und ich kann Ihnen sagen, die Menschen, die sich da gegen den Faschismus und gegen das Erstarken des Rechtsextremismus engagieren, fühlen sich von der Politik in unserer Stadt alleine gelassen. Wir können den Kampf gegen Rechtsextremismus nicht auf die Zivilgesellschaft abwälzen. Es braucht hier auch flankierende Maßnahmen aus der Politik und endlich dieses Signal der Geschlossenheit und der Entschlossenheit, dem Rechtsextremismus etwas entgegenzusetzen. – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mirzaie! – Wir kommen dann möglicherweise zu einer einleitenden Stellungnahme des Senats. Es sieht ganz offensichtlich danach aus. – Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich will mal versuchen, die Emotionen wieder etwas auf ein sachliches Niveau zu lenken, und diesen Besprechungspunkt gerne einmal mit einer Stellungnahme des Senats einleiten. Denn wir haben es schon mehrfach betont, und Frau Senatorin Spranger hat das auch zu jeder Gelegenheit immer wieder betont: Der Gefahren, die sich aus dem Erstarken des Rechtsextremismus und aus der Zunahme rechter Straftaten ergeben, ist sich der Senat natürlich bewusst, Herr Abgeordneter. Es ist insofern auch bei mir kurz so, dass ich emotional werde, weil wir uns dessen selbstverständlich bewusst sind, insbesondere natürlich in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Frau Senatorin Spranger hat das an jeder Stelle immer wieder betont. Das Gleiche gilt auch für die Sicherheitsbehörden des Landes Berlin. Ich will Ihnen gerne auch gleich ausführen, dass es nach meiner festen Überzeugung in Teilen sehr unzutreffend war, was Sie gerade dargestellt haben.

Gleichwohl: Die Fallzahlen der politisch motivierten Kriminalität-rechts sind erneut angestiegen. Sie lagen im Jahr 2024 bei 2 782, das ist ein Anstieg von fast 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Was das fast noch ein bisschen drastischer macht, ist, dass es natürlich nur das Hellfeld ist, von dem wir reden. Alle Straftaten im Dunkelfeld, von denen wir nichts wissen, zählen wir da natürlich mit rein. Das ist auf der anderen Seite im Wesentlichen ein Anstieg von Propagandadelikten. Das soll das jetzt nicht schmälern, es gilt nämlich nach wie vor, dass rechte Straftaten und der Rechtsextremismus nach unserer festen Überzeugung die größte Bedrohung für unsere Demokratie sind, die größte Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte und auch für unsere Gesellschaft darstellen. Neben den unmittelbaren Straftaten wird rechtes, menschenverachtendes Gedankengut verstärkt verbreitet, das gilt insbesondere im Bereich des Internets, über die sozialen Medien, über Netzwerke in Messengerdiensten und so weiter und so fort.

Dieser Hass und diese Hetze, die dort verbreitet werden, zersetzen und zerstören unser Miteinander, sie zersetzen das Bild, das wir jedenfalls hier voneinander haben, von unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, unserem geregelten Miteinander. Deswegen ist es unsere gemeinsame Aufgabe – das ist mir noch mal ein ganz wichtiger Punkt –, unsere gemeinsame gesamtgesellschaftliche Aufgabe, dem entgegenzuwirken. Wir sind hier im Innenausschuss, und gerade eben haben wir im Rahmen der Polizeistruktur über die Kernaufgaben der Polizei gesprochen. Selbstverständlich sind wir hier mit im Spiel, das ist ganz klar. Wir sind mit einem großen Aufwand dabei, auch dieses Phänomen miteinander zu beleuchten, aber es ist

eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht mit polizeilichen Mitteln allein gelöst werden kann. Wir brauchen hier eine gute, starke ressortübergreifende Zusammenarbeit im Sinne meines Lieblingssatzes aus dem Koalitionsvertrag, nämlich dem, dass gute Innen- und Sicherheitspolitik aus dem Dreiklang von Prävention, Intervention und Repression besteht. Das Gleiche gilt auch hier.

Zugleich sehen wir aber auch, dass gewaltorientierte und rechte Jugendgruppen, dass organisierte Rechtsextremisten wieder verstärkt versuchen, durch Aktionen und Gewaltstraftaten auf sich aufmerksam zu machen, dass sie ganz intensiv um neue Anhängerinnen und Anhänger werben und diese rekrutieren. Dafür haben wir in Berlin schon im Jahr 2008 die Berliner Landeskonzption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ins Leben gerufen, die unter der Federführung von SenASGIVA – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – fortlaufend weiterentwickelt wird. Die Berliner Sicherheitsbehörden sind auch dabei ein wesentlicher Akteur. Sie sind nicht nur ein Signalgeber für Fehlentwicklungen, Gefahren und Bedrohungen, sondern auch wesentliche Kräfte in der Begegnung und Bekämpfung des Rechtsextremismus. Ja, wir richten unsere Konzeption auch darauf aus.

Seit August 2014 findet zum Beispiel die behördenweite Gesamtstrategie zur Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität-rechts der Polizei Berlin Anwendung. Das ist eine Einrichtung, die wir in Reaktion auf die Terroranschläge des NSU geschaffen haben. Sie enthält Handlungsfelder, deren Einzelmaßnahmen dauerhaft die Bekämpfung rechter Straftaten natürlich präventiv, aber auch repressiv stärken. Das ist etwas, was fortlaufend überprüft wird, was gegebenenfalls auch neuen Entwicklungen angepasst wird.

Ich möchte gerne beispielhaft einige Einzelmaßnahmen nennen, die in dieser Gesamtstrategie als Handlungsziele festgelegt werden: Straftaten der Hasskriminalität werden beim polizeilichen Staatsschutz in der dort eingerichteten Zentralstelle Hasskriminalität bearbeitet. Die Stelle wurde zudem seit ihrer Errichtung auch personell kontinuierlich weiter ausgebaut. In Fällen der Hasskriminalität erfolgt eine ganz enge Abstimmung, das ist mir wirklich wichtig, mit der Justiz, insbesondere mit der Zentralstelle Hasskriminalität bei der Staatsanwaltschaft Berlin. Unter anderem erfolgte hierzu in Berlin bereits im März 2019 die Konzeptionierung und Einrichtung des Gemeinsamen Informations- und Bewertungszentrums Rechtsextremismus, des GIBZ, das wirklich ein zentraler Baustein ist und in dem sich die genannten Behörden regelmäßig und direkt miteinander austauschen. Mögliche Straftaten können so im Vorfeld verhindert werden. Das ist beispielsweise am 27. Juli 2024 geschehen, als Akteure der aktions- und gewaltorientierten rechten „Deutschen Jugend Voran“ den CSD angreifen wollten oder – deswegen möchte ich ausdrücklich dem eingangs Geschilderten entgegentreten – auch bei der sechsten Marzahn Pride kürzlich, die wir sehr intensiv mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln geschützt haben.

Um eine opferorientierte, zugewandte Polizeiarbeit umzusetzen, erfolgt natürlich eine fortlaufende Sensibilisierung, auch eine fortlaufende Weiterbildung der Mitarbeitenden in der gesamten Polizei Berlin. Das umfasst von der anzeigenaufnehmenden Dienstkraft an der Basis bis hin zum weiterarbeitenden und qualifizierten Sachbearbeiter im LKA alle, die wir weiter fortbilden, die wir stets sensibilisieren. Insofern sind wir da nach meiner Auffassung in der Polizei gut aufgestellt.

Ich möchte gerne noch auf einen anderen Aspekt eingehen, nämlich auf waffenrechtliche Kontrollen im Bereich der PMK-rechts. Sie sind nämlich Bestandteil dieser Gesamtkonzeption. Die Kontrolldichte konnte in den letzten Jahren verstärkt werden. Es besteht hier auch eine ganz enge Zusammenarbeit zwischen der Waffenbehörde der Polizei Berlin, dem Verfassungsschutz und den zuständigen Stellen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, sodass verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse in die Regelüberprüfung, die das Waffenrecht vorsieht, einfließen können.

Wir ergreifen mit der Polizei Berlin aber natürlich auch im Bereich des Opferschutzes verschiedene Präventionsmaßnahmen. Die Veröffentlichung von Hinweisen im Opferschutz, die Opferschutzhilfe auf der Internetseite zu den Themen Prävention, Extremismus, Rechtsextremismus – das sind ganz wertvolle Bausteine –, die Verstärkung der kooperativen Zusammenarbeit mit Opferschutzorganisationen, die Vermittlung der Opfer an Opferhilfeeinrichtungen, aber auch die Berücksichtigung opferrelevanter Örtlichkeiten, auch unter Raumschutzgesichtspunkten, sind alles sehr wichtige Bausteine, damit wir auch im Netzwerk mit den Nichtregierungsorganisationen entsprechend gut aufgestellt sind.

Insofern sehen Sie, der Senat erkennt dieses Problem, der Senat nimmt diese Phänomenbereiche ernst, und er handelt danach. Wir tun das jedenfalls in unserem Bereich der polizeilichen Gefahrenabwehr mit höchster Intensität und höchster Priorisierung, übergreifend natürlich mit den anderen Verwaltungen, mit den Nichtregierungsorganisationen. Insofern freue ich mich jetzt auch auf die Anhörung. – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für diese einleitenden Worte! – Dann kommen wir auch direkt zu unseren Anzuhörenden, und zwar in der Reihenfolge zunächst Herr Anhalt, dann Frau Berndt und Herr Brost, schlage ich vor. Ich bitte darum, die mitgeteilte Zielvorgabe von etwa fünf Minuten für die Eingangsstatements nach Möglichkeit einzuhalten. Wir haben zwar die Verlängerungsoption, die wir auch nutzen werden, wir werden das hier zeitlich gut über die Bühne bringen, aber es wäre gut, wenn Sie sich ungefähr daran halten könnten. – Bitte, Herr Anhalt, Sie haben das Wort!

Peter Anhalt (Violence Prevention Network gGmbH): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung! Ich werde versuchen, eine Punktlandung hinzukriegen. – Mein Beitrag zum Thema Strategien gegen den Rechtsextremismus konzentriert sich auf die Erfahrungen aus der konkreten Arbeit mit Menschen, die sich im Phänomenbereich Rechtsextremismus radikalisieren, denn das ist unsere Arbeit. Hier werde ich in besonderer Weise, auch wegen der Kürze der Zeit, die jungen Menschen in den Blick nehmen, die uns zurzeit besondere Sorgen bereiten.

Wir haben eigentlich drei, insbesondere aber zwei Berliner Projekte, nämlich CROSSROADS und REE!, wo wir überwiegend junge Menschen im ganzen Spektrum von Gefährdeten bis hin zu Gefährderten erreichen. Ich will hier weniger über die konkrete Arbeit berichten, wie wir das machen, sondern vielmehr über die aktuellen Entwicklungen, die wir in unserer Arbeit mit diesen Klienten beobachten, die, wie wir feststellen, immer jünger werden. Dabei sind rechtsextremistische Aktionsgruppen wie „Deutsche Jugend Voran“, „Jung und Stark“ oder die „Nationalrevolutionäre Jugend“ offensichtlich attraktive Angebote für nicht wenige junge Menschen. Zudem spielt, denke ich, viel destruktiver Einfluss über die sozialen Medien eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Wenn man versucht, diese jungen Menschen, die sich radikalisierten, mit denen wir zu tun haben, ein Stück weit einzuordnen, dann schälen sich drei Gruppen heraus: Es sind zum einen junge Menschen, die ganz bewusst die rechtsextreme Szene aufsuchen, weil sie so sein wollen und es auch so nach außen leben, rechtsextrem, gewaltbereit, mit einem mehr oder weniger gefestigten extremistischen Weltbild. Als zweite Gruppe möchte ich die jungen Menschen nennen, die ich als Lost Kids bezeichnen möchte. Sie sind weniger jung und stark als vielmehr jung und prekär, prekär ganz im Sinne der Definition des Wortes, dass sie sich nämlich in verschiedenen schwierigen Lagen befinden und nicht wissen, wie sie da herauskommen können. Eine kleine Auswahl dieser möglichen schwierigen Lagen möchte ich kurz benennen: dysfunktionale Familien, in denen sie leben, frühe Erfahrungen von Mobbing, das durch die sozialen Medien noch mal eine ganz andere Wucht bekommt – ich weiß das auch, weil ich seit vielen Jahren dem Kinder- und Jugendtelefon verbunden bin, wo das ein großes Thema ist –, auch frühe Erfahrungen von Gewalt in der Familie oder außerhalb, Armut oder auch ein früher und dann meist exzessiver Gebrauch von Drogen und vieles andere mehr, was diese schwierigen Lagen ausmacht. Die dritte Gruppe schließlich sind junge Menschen, die in privaten, schulischen und gesellschaftlichen Bezügen off- und online heranwachsen, in denen der Rechtsextremismus eine oder die beherrschende Kultur ist und als normal angesehen wird. Da kommt dann von jungen Menschen, die uns gegenüber sitzen, oft der Satz: Es sind doch alle so –, ohne dass das groß reflektiert oder gar problematisiert wird. Alle drei Gruppen sollten uns Sorgen machen. Allen drei Gruppen muss man adäquate Angebote machen. Mit allen drei Gruppen lässt sich im überwiegenden Teil der Fälle gut arbeiten, wenn es auch sicher so ist, dass es bei der ersten Gruppe die größte Herausforderung darstellt und wir hier mitunter mehrere Anläufe brauchen.

Dazu vielleicht zwei Anmerkungen: Es ist jetzt immer wieder zu lesen gewesen, dass wir eine Wiederkehr der Baseballschlägerjahre hätten und diese jungen radikalisierten Menschen die Kinder derjenigen seien, die sich damals in den Neunzigerjahren radikalisiert hätten. Ich zweifle das an und möchte dem gerne widersprechen. Zum einen geschehen die aktuellen Entwicklungen vor einem anderen gesellschaftlichen Hintergrund, das gesamte gesellschaftliche und politische Klima ist rauer geworden, die Menschen treiben sehr viele verschiedene Sorgen und Ängste um, und wir sehen die negativen Auswirkungen von Social Media. Ich habe mit dieser Arbeit 2001 begonnen, damals haben wir ausschließlich mit jungen Menschen gearbeitet. Diese Klienten haben sich, damals zumindest, zum großen Teil als Outlaws gefühlt und wollten das eigentlich nicht sein. Das ist heute anders, heute sehen sie sich oft als Teil eines Mainstreams, was ihre Distanzierungswünsche kleiner macht. Zum anderen haben wir durchaus Klienten, deren Eltern auch aktiv in der rechtsextremen Szene sind und es schon immer waren; der größte Teil aber kommt nicht aus solchen Elternhäusern. Oft wenden sich Eltern an uns, weil sie sich um ihre Söhne, aber auch um ihre Töchter große Sorgen machen, weil diese sich radikalisieren und immer weniger erreichbar sind. Das bedeutet, diese aktuellen Probleme sind nach meiner Meinung zu weiten Teilen anders gelagert, und sie haben eine große Brisanz.

Vielleicht noch ein paar Worte zu unserem Projekt REE!: Hier liegt unser besonderes Augenmerk auf der Ansprache von und der Arbeit mit rechtsextremistischen Menschen, die von Sicherheitsbehörden als gefahrenrelevant eingeschätzt werden. Das ist ein Projekt, wo wir seit 2020 auch eng und explizit mit den Sicherheitsbehörden sehr gut zusammenarbeiten. Wer sich dafür interessiert – ich hätte hier eine Broschüre über dieses Projekt. Das Projekt gibt es seit 2020. In den ersten Jahren haben wir überwiegend mit Erwachsenen gearbeitet, mittler-

weile sind zwei Drittel unserer Klientinnen und Klienten unter 21, die meisten 17 oder 18 Jahre alt. Auch hier geht es zum Teil um junge Menschen, die sehr bewusst und sehr aktiv in den verschiedenen rechtsextremistischen Strukturen agieren, oft mit einer hohen Gewaltneigung und auch Waffenaffinität, die dadurch auf den Schirm der Sicherheitsbehörden kommen und damit auch in den Fokus unseres Projektes.

Es gibt auch hier die Lost Kids noch mal in ausgeprägterer Form, weil sie voller Unsicherheit und Ratlosigkeit ihr Leben betreffend sind. Daraus speist sich Wut oder auch Hass, der sich gegen sie selbst, aber auch gegen die Welt richten kann. Dann werden sie gefahrenrelevant, zum Beispiel wenn sie latent suizidale Amokfantasien äußern, und sie sind sehr beeinflussbar. Sie suchen Räume auf, wo sie ihren Hass ausleben können, und finden dann relativ schnell zu den gewaltbereiten rechtsextremistischen Strukturen, wo sie gut von denen lenkbar sind, die diese Strukturen leiten.

Wenn ich das noch mal unter der Überschrift „Strategien gegen den Rechtsextremismus“ zusammenfassen darf, dann mit dem Resümee, dass das Ganze – das wurde auch gesagt – eine drängende gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die auf ganz vielen verschiedenen Ebenen ansetzen muss, sowohl auf der Behördenseite als auch auf zivilgesellschaftlicher Seite. Deswegen haben Sie drei Zivilgesellschaften eingeladen. Auch wir sind nur ein Ausschnitt dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Ich denke, ich sage hier im Namen aller, dass all diese Angebote eine verlässliche, ausreichende und kontinuierliche Ausstattung brauchen, um diese Arbeit, die vor allem von personeller Kontinuität lebt und dadurch erfolgreich sein kann, zu machen. Das bedeutet auch, dass sie möglichst verstetigt und ausreichend finanziert werden muss. – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Anhalt, auch für die exakte Einhaltung dieser kleinen Zeitvorgabe! – Bitte, Frau Berndt, Sie haben das Wort!

Elvira Berndt (Gangway e. V.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender Dörstelmann! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin keine Spezialistin für Rechtsextremismus, ich komme aus der Straßensozialarbeit und freue mich trotzdem, eingeladen worden zu sein, weil ich Ihnen gerne das mitbringe, was wir gerade vor Ort erleben. Street Work, das werden Sie vielleicht wissen, wenn Sie bisher damit Berührung hatten, kommuniziert und arbeitet sehr grundsätzlich mit allen Jugendgruppen im öffentlichen Raum, unabhängig davon, welcher Szene sie angehören oder welchen Weltbildern sie folgen. Wir sehen junge Menschen zunächst mal als das, was sie in der Hauptsache sind, Jugendliche und Kinder dieser Stadt.

Wir haben es dabei schon immer – wir arbeiten in dieser Art und Weise seit 35 Jahren – auch mit jungen Menschen zu tun gehabt, die durch extreme Strukturen, extremistische Strukturen und/oder auch organisiert kriminelle Strukturen angeworben werden, sich in diesem Dunstfeld bewegen und als Nachwuchs und Supporter geworben werden. Wie viel Haltekraft es dann jeweils in diesen Strukturen gibt, ist sehr unterschiedlich zu bewerten, das wäre aber ein anderes Thema.

Zur Situation vor Ort: Insgesamt ist es aktuell so, dass wir ganz viel Normalität in Stadtteilen mehr am Stadtrand als in der Innenstadt, aber eigentlich überall haben, bezogen auf das Tragen und Zurschaustellen von Kleidung mit rechten Symboliken sowohl von Erwachsenen als auch von Jugendlichen, da gibt es gar nicht so große Unterschiede. Es gehört also zum norma-

len Straßenbild. Wir nehmen wahr, insbesondere in den letzten ein, anderthalb Jahren, dass sich gerade jüngere Jugendliche noch viel stärker für politische Themen interessieren; Diskussionen über die AfD, über Linke, über Ausländer sind an der Tagesordnung. Es gibt ein gewachsenes Interesse, wo wir davor sehr lange eher unpolitische Äußerungen erlebt haben. Was uns fast täglich begegnet, stadtweit, aber auch insbesondere am Stadtrand, ist rechte Propaganda in Form von Stickern, hier vor allem – das wurde vorhin noch nicht genannt – vom III. Weg und das, was man über aktiv.de erwerben kann. Es gibt eine wahrnehmbare Zunahme, würde ich sagen, ungefähr seit einem Jahr. Wir haben jugendliche Gruppen in der Stadt, durchaus auch mal bis zu 50, die sich offen rechts positionieren, sich in der Gruppe stark fühlen, bewusst mit rechter Symbolik spielen, mit Texten, Graffiti, Flaggen, Patches auf Kleidung, durchaus so ein bisschen wie in den Neunzigerjahren, an der Stelle würde ich durchaus eine Analogie sehen. In den Gesprächen mit Jugendlichen werden immer wieder Bezüge zum III. Weg, aber vor allem auch zu „Deutsche Jugend Voran“ oder „Jung und Stark“ verdeutlicht.

Eine Reihe dieser Gruppen besteht aus sehr jungen Jugendlichen, 13- bis 17-Jährigen, die meist von jungen Erwachsenen rekrutiert und angeleitet werden, die aber mit diesen Kids gar nicht gemeinsam öffentlich auftreten; auch hier, glaube ich, durchaus in einer personellen Verflechtung von „Deutsche Jugend Voran“ und „Jung und Stark“. Über diverse rechte Strukturen wird zu politischen und/oder auch gewalttätigen Aktionen aufgefordert, die häufig über Videoaufnahmen belegt werden müssen. Dazu zählen auch Videoaufnahmen von Gruppenaktionen, meist aber Videos von einzelnen Kids zu Übergriffen oder politischen Aktionen, die sie gestartet haben, als Aufnahme ritual oder als Beleg ihres jeweiligen Gedankenguts. Wenn sie diese Videos drehen und im Netz hochladen, passiert das in der Regel eher über private Messengergruppen als auf den großen Social-Media-Plattformen. Das heißt, das findet eher nicht so sehr öffentlich statt. Zu diesen Aktionen gehören durchaus auch Aktionen, wie die Reichskriegsflagge auf einer Autobahnbrücke zu schwenken, oder was immer in dem Moment auch öffentlich wahrgenommen werden kann. Es ist aus unserer Sicht auch so, dass Rauschmittelkonsum bei diesen Aktionen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt.

Trefforte der Gruppen sind sogenannte Lost Places. Sie alle kennen das ehemalige Stasi-Krankenhaus in Buch, aber es gibt auch eine Reihe von Brachen in der Nähe von S-Bahnhöfen, denn die Jugendlichen, die sich hier treffen, kommen aus ganz unterschiedlichen Ecken, die kommen nicht aus einem Stadtteil. In Buch treffen wir also Jugendliche aus Neukölln, Hohenschönhausen, Bernau, überall her, bis ins weite Umland. Wenn es dort Polizeieinsätze wie beim ehemaligen Stasi-Krankenhaus gibt, dann verlegen die Jugendlichen ihren Treffort und sind dann dort erst mal weg, aber sie sind einfach nur woanders, denn sie sind nicht wirklich weg.

Es gibt eine Reihe von Bedrohungssituationen in Blankenburg vor einem Container, den Jugendliche selbstorganisiert gestalten, wo es neben verbalen Attacken und, ich würde sagen, einem sich martialisch aufbauenden Gebaren vereinzelt die Präsentation von Waffen wie Totschlägern und Messern gibt. Es gibt diverse Jugendeinrichtungen auch in anderen Bezirken, in Hohenschönhausen beispielsweise, die berichten, dass Jugendliche in Gruppen unterwegs sind, die durch rassistische Parolen oder das Zeigen des Hitlergrußes auffallen, die also sehr deutlich provozieren und Besucherinnen und Besucher der Jugendfreizeiteinrichtungen einschüchtern und Sachbeschädigungen verursachen. Im Regelfall erfolgt dann bei Jugendein-

richtungen ein Hausverbot, was dazu führt, dass die Jugendlichen in die nächste Einrichtung weiterziehen.

Es gibt auch eine Reihe von andersdenkenden Jugendlichen in diesen Stadtteilen, die ebenfalls berichten, dass sie verbal von rechten Jugendgruppen eingeschüchtert werden, durch rassistische und anti-linker Beleidigungen oder auch durch die verbale Androhung von Gewalt. Diese Konfliktlage macht logischerweise auch vor Schulen nicht halt. Auch dort gibt es immer wieder Signale der Schwierigkeiten, diese Konflikte zu bearbeiten.

Ich bin immer hin- und hergerissen, wenn es um ein Landesprogramm geht, denn wir brauchen gar nicht so viel Symbolpolitik, wir brauchen Menschen vor Ort, die sich den Jugendlichen wirklich stellen und sie ernst nehmen, denn kaum jemand im Alter zwischen 13 und 17 Jahren hat ein geschlossenes Weltbild. Wir haben es mit Jugendlichen zu tun, sie sind in der Pubertät, sie sind auf der Suche nach ihrer Position und ihrer Meinung. Ob uns die jeweils passt oder nicht, spielt keine große Rolle, sondern wir als Erwachsene müssen uns diesen Suchbewegungen stellen, in die Diskussionen gehen und mit den Jugendlichen sowohl an ihren Bedürfnissen und Zukunftsperspektiven als auch an ihren politischen Einstellungen arbeiten, nicht weglaufen und nur vorbeikommen, wenn es einen Workshop zu gestalten gibt.

Ich muss Ihnen wahrscheinlich nicht erzählen, dass genau diese Angebote, die es in dieser Stadt durchaus gibt, die niedrigschwellig und vor Ort sind, aktuell sehr akut bedroht sind. Sie müssen sich nur die Äußerungen im letzten Bildungsausschuss anhören. Was wir brauchen, ist gerade dort, wo es um prekäre Lebenslagen geht, Kontinuität und ein tatsächliches da Sein. Insofern bin ich hin- und hergerissen bei entsprechenden Landesprogrammen, denn natürlich brauchen wir, bezogen auf um sich greifenden Rechtsextremismus und die wirkliche Bedrohungssituation, auch Safe Places für die jungen Menschen, die sich akut bedroht fühlen, und wir brauchen Aktivitäten, die ein bedrohliches Klima in bestimmten Stadtteilen wieder verändern. – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Berndt! – Dann kommen wir zu Herrn Brost. – Bitte, Sie haben das Wort! Ich bitte Sie auch, die Zeit etwas im Blick zu behalten.

Simon Brost (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus): Ich werde mein Möglichstes tun. – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Anwesende! Ich bedanke mich erst mal auch im Namen der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin für die Einladung und die Gelegenheit, hier heute sprechen zu können. Ergänzend zu dem, was schon ausgeführt wurde, kann ich nur wiederholen: Rechtsextremismus ist eine alltägliche Gefahr für die demokratische Kultur, für das demokratische Zusammenleben in dieser Stadt. Menschen und Organisationen, die dem etwas entgegensetzen wollen, wenden sich seit nunmehr über 20 Jahren an die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin.

Ich möchte Ihnen deswegen im Folgenden gerne anhand von einigen Beispielen einen kurzen Einblick in unsere Arbeit, in unsere Anfragen in diesem und im vergangenen Jahr geben. Da wären zum Beispiel rechtsextreme Kampfsporttrainings auf öffentlichen Sportanlagen und in Parks, die mitnutzende Sportvereine, Platzpersonal und Mitarbeitende umliegender Einrichtungen verunsichern. Diejenigen, die in der Stadtteilarbeit, im Quartiersmanagement, in der

Verwaltung und bei engagierten Trägern Bürgerinnen und Bürgern Teilhabe ermöglichen, berichten immer häufiger davon, dass bei politisch aufgeladenen Beteiligungsprozessen, wie etwa bei dem Thema Müll im öffentlichen Raum, also bei Alltagskonflikten, es zu rassistischen Äußerungen und auch zu Diffamierungen ihrer Arbeit kommt. Eine Mitarbeiterin einer Flüchtlingsunterkunft berichtete uns, dass sie beim Verlassen der Einrichtung von einer Nachbarin mit einer eindeutigen Handgeste mit dem Tode bedroht wurde. Queere Einrichtungen und auch Büros demokratischer Parteien befürchten aufgrund vorausgegangener Bedrohungen direkte Angriffe und fragen nach Sicherheitskonzepten. Telefonisch meldete sich eine besorgte Mutter, die davon erfahren hatte, dass ihre Tochter Kontakt zu einer Gruppe jugendlicher Rechtsextremer unterhält, wir haben dazu schon einiges gehört. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter einer Jugendfreizeiteinrichtung beobachten rechtsextreme Rekrutierungsversuche und möchten die anderen Nutzer der Einrichtung davor schützen. Besorgte Lehrkräfte wenden sich an die MBR, weil sich rechtsextrem orientierte Jugendliche in ihrer Schule in einer Gruppe zusammenschließen und durch Propaganda und Einschüchterungen von Lehrkräften, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern und Mitschülerinnen und -schülern versuchen, den Raum für sich einzunehmen.

Diese kurzen Beispiele sollten als Zeugnisse einer voranschreitenden Normalisierung von Rechtsextremismus hier in Berlin ernst genommen werden. Aus ihnen leitet sich die Notwendigkeit ab, dem Problem des Rechtsextremismus strukturiert und ganzheitlich entgegenzutreten. Bekannte Ansätze sollten dabei angesichts wiederkehrender Herausforderungen aktualisiert und aufeinander abgestimmt werden.

Lassen Sie mich das ganz kurz ausführen: Beim Ineinandergreifen von präventiven, intervenierenden und repressiven Elementen – wir haben diesen Dreiklang schon bei Herrn Hochgrebe gehört – darf der Fokus nicht bei denjenigen verbleiben, die laut sind, also bei denjenigen, die rechtsextreme Ideologie ausüben, bei den Täterinnen und Tätern von rechtsextremer Gewalt. Das hat gar nichts mit der wichtigen und wertvollen Arbeit zu tun, zu der wir hier schon einiges gehört haben. Vielmehr muss es aber auch darum gehen, die Betroffenen rechtsextremer Ideologie, die ausgegrenzt werden, zu schützen und diejenigen zu stärken, die beispielsweise als pädagogische Fachkräfte oder zivilgesellschaftlich Engagierte als Frühwarnsystem diejenigen sind, die im Alltag Rechtsextremismus Grenzen setzen können, sollen und müssen.

Zu nachhaltiger Prävention – dem kann ich mich nur anschließen – gehört es auch, demokratische Schutzräume als Anlaufstellen für eine nicht rechtsextreme, für eine demokratische Jugendkultur offenzuhalten und finanziell zu sichern.

Voraussetzung für eine zielgerichtete Intervention ist die Sichtbarmachung rechtsextremer Erscheinungsformen in der Stadt und ihre kompetente Einordnung, und dabei meine ich explizit auch solche Äußerungen unterhalb der Strafbarkeitsschwelle.

Ob in der professionellen Rolle oder im Ehrenamt, es gibt einen hohen und steigenden Bedarf an verlässlichen Beratungsangeboten. Diese nicht nur in der Verwaltung und auch in der Polizei bekannter zu machen – ich denke, da bestehen in der Praxis durchaus noch Optimierungsmöglichkeiten und Lücken, etwa bei der professionellen Begleitung von Eltern und Familien, die nach diesen Vorfällen die Kinder familiär einfangen müssen, die mit diesen Vorfällen umgehen müssen. Diese Lücken zu schließen, würde noch mehr Menschen in dieser Stadt den Zugang zu notwendiger Beratung und Unterstützung ermöglichen. In der Praxis der MBR zeigt sich vor allen Dingen an Schulen, dass Sensibilisierungen und Fortbildungen zum Thema Medienpädagogik alleine nicht ausreichen, sondern es hier einen ganz konkreten Bedarf an Antworten, Vereinbarungen und Handlungsketten für das Kollegium gibt; konkrete Antworten also auf konkrete Fragen. Dazu zählt nicht zuletzt auch die Frage, ab wann Grenzen pädagogischen Handelns erreicht sind und die Polizei informiert werden muss.

Das führt mich zu meinem abschließenden Satz zum Thema Repression: Konsequente Strafverfolgung ist notwendiger Bestandteil einer Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus. Sensible Kommunikation allerdings mit Betroffenen von und Engagierten gegen Rechtsextremismus, ein niedrigschwelliger Schutz ihrer Daten und ein Dialog, der tatsächlich auch auf Augenhöhe stattfindet und Veränderungsbereitschaft mit sich trägt, tragen zum Vertrauensaufbau und damit zu diesem Gelingen bei und gehören zu einer Strategie der Strafverfolgung dazu.

Ich möchte damit schließen, den – ich hatte sie erwähnt – Betroffenen von und Engagierten gegen Rechtsextremismus eine Stimme zu geben, die hier am letzten Freitag in diesem Raum am Rande der letzten öffentlichen Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur rechtsextremen Angriffsserie in Neukölln den Wunsch und die Erwartung formuliert haben, dass gerade angesichts der zunehmenden Herausforderungen dieser Stadt es eine tatsächliche offene und ehrliche Debatte, eine lösungsorientierte Debatte zum Umgang mit Rechtsextremismus in dieser Stadt gibt. Dieser Erwartung und Hoffnung möchte ich mich ganz explizit anschließen und freue mich in dem Sinne auf Ihre Fragen und danke Ihnen bis zu diesem Punkt für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Brost! Vielen Dank Ihnen allen dreien für Ihre Ausführungen! – Wir treten direkt in die Debatte ein. – Herr Abgeordneter Dregger, Sie haben das Wort. Bitte!

Burkard Dregger (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte mich jetzt nicht der Lautstärke von Herrn Kollegen Mirzaie bedienen, aber mal darauf hinweisen, dass ich Ihren Vorwurf, wir machten nichts und es gäbe keine Signale der Entschlossenheit, zurückweisen muss. Das ist völliger Unsinn. Wir legen am Donnerstag die große Polizeirechtsreform vor; das ist der Bereich der Repression, der Gefahrenabwehr. Ich hoffe, dass Sie erkennen, dass die auch den Zielen, unseren gemeinsamen Zielen dient, diese politische Radikalisierung nach rechts wie auch in andere Extrembereiche zu bekämpfen. Ich erwarte, dass Sie dann dort auch zustimmen, wenn Ihnen das Mittel und das Thema so wichtig ist, wie Sie es hier anhand Ihrer Lautstärke geglaubt haben vortragen zu müssen. Ich wüsste gerne, ob Sie die gleiche Laut-

stärke an den Tag legen, wenn es um die Bekämpfung von Antisemitismus oder Islamismus geht. Ich finde es erstaunlich, wie Sie hier gegenüber politischen Akteuren der politischen Mitte auftreten, mit denen alleine nur Sie diese Dinge bewegen können. Ich wüsste gerne, mit wem Sie sie bewegen wollen, wenn nicht mit uns. Es ist geradezu eine politische Dummheit, wie Sie sich hier geäußert haben.

Herr Staatssekretär hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es drei Wege gibt, die notwendig sind: Repression, Intervention und Prävention. Die Anwesenheit der Sachverständigen zeigt, dass wir in diesen Bereichen offensichtlich aktiv sind, sonst wären sie nämlich nicht hier. Die Mittel, die wir dafür zur Verfügung stellen, sind auch nicht geschrumpft seit Ihrer Regierungszeit, trotz der erheblichen Haushaltsschwierigkeiten, die wir von Ihnen übernommen haben, sondern sie sind gewachsen. Deswegen ist Ihr Vorwurf einfach eine Unverschämtheit. Ich bitte, das zu lassen! Ich wüsste gerne, mit welchen Verbündeten Sie dann solche Phänomene noch bekämpfen wollen, mit der Linkspartei wahrscheinlich. Herzlichen Glückwunsch! Da wünsche ich Ihnen einen guten Weg.

Der Senat hat überzeugend dargelegt, dass er und damit die Koalition sehr umfangreiche Schritte gehen, um diesem Phänomenbereich entgegenzuwirken, und ich bin sehr daran interessiert, eine sachliche Auseinandersetzung darüber zu führen. Ich habe sehr genau hingehört bei den bisherigen Einlassungen der Sachverständigen. Wir sind darüber hinaus auch im kontinuierlichen Dialog und selbstverständlich bereit, Dinge anzupassen, infrage zu stellen, zu optimieren und auch besser auszustatten im Rahmen unserer haushälterischen Möglichkeiten. Insofern bin ich dankbar für jeden auch praktischen und konkreten Vorschlag, den Sie uns vielleicht noch in der zweiten Runde mitgeben können. Ich fand es sehr gut, und möchte mich dafür bedanken. – Danke!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dregger! – Dann habe ich als Nächsten Herrn Abgeordneten Schrader und dann Herrn Abgeordneten Mirzaie. Ich bitte um entsprechende Sachlichkeit und vielleicht auch auf die Zeit zu achten. – Herr Abgeordneter Schrader, Sie haben das Wort!

Niklas Schrader (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich glaube, dass wir über dieses komplexe und für unsere Demokratie wirklich relevante Thema gerade auch nach dieser Anhörung ausführlich diskutieren müssen. Die Zeit gibt es heute nicht her, dass wir so weit in die Tiefe gehen, wie es das Thema eigentlich verdient hätte; das ist ein bisschen schade, aber ich würde trotzdem sagen, wir sollten uns einig sein, alles dafür zu tun, das in der Tiefe weiterzuführen.

Ich möchte mich deshalb auf ein paar Punkte und Fragen beschränken. Es war bei Ihnen allen herauszuhören, dass politische Diskussionen und politisches Interesse bei der Klientel, mit der Sie arbeiten, mehr geworden sind. Ich möchte zu Anfang fragen, wie Sie das einschätzen: Wie wichtig finden Sie es vor diesem Hintergrund, dass politische Führungsfiguren aus dem demokratischen Spektrum auch offensiv Haltung zeigen gegen antidemokratische Entwicklungen? Ich spreche das mal insbesondere anhand eines Beispiels an: Sollte man in einer Situation, in der es immer mehr Übergriffe auf queere Personen gibt in unserem Land, ganz zuvorderst auch von rechts, vielleicht solche Symbole wie Regenbogenflaggen nicht so abtun und herunterspielen, wie es beispielsweise im Bundestag jetzt passiert ist, sondern aktiv Haltung zeigen als politische Führungskraft? Ich will da ausdrücklich Kai Wegner loben, Herr Dreg-

ger, das ist ein Punkt, den ich gut finde. Da tun Sie auch nicht nichts, sondern da hat Kai Wegner Haltung gezeigt in dieser Frage, anders als etwa die Bundestagspräsidentin oder Herr Merz, der meint, mit so einer „Zirkuszelt“-Formulierung müsse man quasi solche Demonstrationen für Grundrechte von Minderheiten verächtlich machen. Das finde ich schon relevant. Meine Frage ist, inwieweit Sie in Ihrer konkreten Arbeit erleben, dass solche Diskussionen eine Rolle bei Ihnen spielen. Sie sagten, teilweise sind abwertende Positionen Mainstream geworden; trägt es zu genau so etwas bei, wenn das demokratische Spektrum nicht geschlossenen Haltung zeigt?

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen, den auch Frau Berndt angesprochen hatte, der in unserer Phase gerade ganz entscheidend ist, nämlich die finanzielle Situation der freien Träger, die mit jungen Menschen arbeiten und sich mit radikalisierten oder sich zu radikalisieren drohenden Personen beschäftigen. Wie ist die Stimmung gerade in der Trägerlandschaft und bei Ihnen selbst angesichts der drohenden finanziellen Verluste oder Streichungen, die Sie erleiden müssen? Droht da nicht auch ganz essenzielle Arbeit, die Sie leisten, wegzubrechen? Eigentlich müsste sie ja an verschiedenen Punkten ausgeweitet werden.

Damit komme ich zu meiner dritten Frage, zum Thema Rekrutierung. Wenn zunehmend junge Menschen von Akteuren wie „Deutsche Jugend Voran“, NRJ et cetera in Einrichtungen, wo junge Menschen unterwegs sind, rekrutiert werden – sind diese aus Ihrer Sicht ausreichend flächendeckend sensibilisiert für dieses Problem, oder müsste man das noch ausweiten? Wissen also Schulen, Jugendeinrichtungen, Sportvereine et cetera, was da abgeht, und haben sie Konzepte, um dagegenzuarbeiten? Bräuchten sie noch viel mehr Beratung und Unterstützung in dieser Frage?

Die vierte Frage vielleicht noch speziell an Herrn Brost, weil Sie sich, glaube ich, sehr gut damit auskennen: Wir haben im Zusammenhang mit dem Neukölln-Komplex immer wieder das Phänomen diskutiert, dass systematisch Daten und Informationen über politische Gegner oder Menschen, die dafür gehalten werden, gesammelt werden, Feindeslisten geführt werden. Gibt es dieses Phänomen in dieser Intensität weiterhin, oder entwickelt sich das neu, also gezielte Anti-Antifa-Arbeit? Da würde mich interessieren, ob Sie das auch bei dieser neueren, jüngeren Klientel sehen, über die wir hier heute auch gesprochen haben.

Zum Schluss noch eine Frage an den Senat: Sie haben angeführt, dass Sie zum Ziel haben, die Waffenerlaubnisse stärker zu überprüfen. Das finde ich natürlich erst mal gut, aber immer wenn ich danach frage, wie erfolgreich und nachhaltig das ist, bekommt man nicht so richtig Antworten. Dann weiß man nicht so richtig, inwieweit das dann tatsächlich am Ende auch dazu führt, dass Waffenerlaubnisse konkret entzogen werden. Wird das erfasst? Können Sie nachverfolgen, inwieweit intensivere Kontrollen et cetera dazu geführt haben, dass Rechtsextremisten ihre Waffenerlaubnisse verlieren? – So viel erst mal von mir. Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schrader! – Ich bitte alle, die Zeit im Auge zu behalten. Wir wollen die Sitzung um 12.30 Uhr schließen. – Bitte, Herr Abgeordneter Mirzaie, Sie haben das Wort!

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE): Vielen herzlichen Dank! – Die einen nennen es emotional, die anderen engagiert. Darüber kann man streiten. Aber die Lautstärke eines Vortrags kritisiert man in der Regel nur, wenn man keine besseren Argumente hat. Deswegen kann

man natürlich auch hier deutlich werden in diesem Ausschuss, wenn zum Beispiel Millionen von Menschen gegen Rechtsextremismus auf die Straße gehen und die CDU sich wegduckt. Der Kritik muss man dann auch leben. Man kann das auf die Stilebene hochziehen, aber ich würde lieber argumentativ diskutieren, und so Sachen wie Dummheit habe ich hier auch niemandem vorgeworfen, was mir jetzt aber vorgeworfen wurde.

Ich habe noch einige Fragen mitgeschrieben. Eine Frage geht an den Senat, an Herrn Staatssekretär Hochgrebe. Sie haben in Ihrem Vortrag darauf hingewiesen, dass es bereits eine strukturierte und ressortübergreifende Zusammenarbeit gäbe rund um das Phänomen Rechtsextremismus. Da würde mich interessieren: Wie sieht die konkret aus? Wie regelmäßig trifft man sich? Was sind da die Themen? Daran müsste zum Beispiel auch jemand wie Frau Katharina Günther-Wünsch regelmäßig teilnehmen oder andere Ressorts. Das würde mich interessieren.

Dann hätte ich noch Fragen an unsere Anzuhörenden, zunächst an Herrn Anhalt. Ich fand sehr interessant, was Sie zu den jugendlichen Zielgruppen oder unterschiedlichen Gruppen gesagt haben. Es kam sehr deutlich heraus, dass offensichtlich auch eine verlässliche Politik, die auf soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit ausgerichtet ist, eine ist, die ein Stück weit die Gelingensfaktoren dieser Rekrutierung von Jugendlichen nimmt. Das wäre meine erste Frage: inwieweit da auch Sozialpolitik ein Instrument ist. – Die zweite Frage geht auch an Sie, Herr Anhalt. Es gibt wenige Instrumente, die mir gegenüber immer wieder so kontrovers diskutiert werden wie Ausstiegsberatungen und Ausstiegsprogramme. Vielleicht können Sie etwas zu den Erfolgen dieser Programme sagen, denn wie gesagt gibt es wenige Instrumente, über die in der rechtsextremen Fachszene so kontrovers diskutiert wird wie über diese Ausstiegsprogramme.

Dann vielleicht noch an alle Beteiligten die Frage, welchen Stellenwert Intervention im digitalen Raum einnimmt. Ich habe mich im letzten Jahr mit der Amadeu Antonio Stiftung zu deren Projekten getroffen, die sich Digital Streetwork nennen. Ich weiß, dass die Mitarbeitenden aus der klassischen Straßensozialarbeit das manchmal nicht so gerne haben, aber mir geht es nicht um den Begriff Digital Streetworking, sondern mir geht es darum zu fragen: Was gibt es für Instrumente im digitalen Raum, die wir noch forcieren können?

Meine letzte Frage richtet sich an die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Wie müsste denn eine verlässliche und zukünftig tragfähige Strukturfinanzierung aussehen in der Rechtsextremismusberatung, und mit welche wachsenden Bedarfen sind Sie konfrontiert, die sich in mehr Ressourcen widerspiegeln müssten? – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Danke, Herr Abgeordneter Mirzaie! – Herr Abgeordneter Matz, dann Herr Abgeordneter Weiß und abschließend Herr Abgeordneter Lenz. Die Redeliste würde ich jetzt mit Ihrem Einverständnis schließen. – Ich sehe keinen Widerspruch, dann haben wir so entschieden. – Herr Abgeordneter Matz, Sie haben das Wort! Ich bitte, auf die Zeit zu achten.

Martin Matz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Danke auch an die drei Anzuhörenden für das, was wir jetzt schon zum Thema hier zusammengetragen haben. Der Antrag der Grünen ist natürlich ein Thema, das uns allen gleichermaßen wichtig ist, und da sehe ich auch gar nicht so große Unterschiede, wie ich das hier zwischendurch im Ohr zu haben glaubte,

sondern ich dachte, dass das eigentlich ein gemeinsames Anliegen ist und dass eine Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus insoweit ein gutes Anliegen ist. Allerdings finde ich, auch nachdem, was wir jetzt gehört haben, dass man den Antrag an einigen Stellen präziser fassen könnte, damit klarer wird, was sich denn tatsächlich ändern soll gegenüber dem, was wir vorher schon machen. Ich will als Beispiel „Strafverfolgung intensivieren“ herausgreifen. Da wird zum Beispiel auf die Tätigkeit des polizeilichen Staatsschutzes hingewiesen, aber in einer Formulierung, bei der ich ziemlich überzeugt wäre, dass, wenn man den polizeilichen Staatsschutz danach fragt, die antworten würden: Ja, das ist genau das, was wir schon machen –, also weniger eine Forderung darin steckt, was man in Zukunft noch besser machen kann, als vielmehr eine Beschreibung dessen, was heute in der Realität schon zu sehen ist.

Dasselbe gilt für den Abschnitt „Rechtsextreme entwaffnen“, weil wir hier schon von der Senatsverwaltung gehört haben, dass die Waffenkontrollen einen Schwerpunkt der letzten Jahre dargestellt haben und dass man deutlich mehr daran tut als noch vor einiger Zeit. Insoweit ist die Absicht eine, der ich in jedem Falle zustimmen würde, aber mit den konkreten Forderungen in dem Antrag tue ich mich ein bisschen schwer. Da wäre vielleicht noch mehr drin. Vielleicht sollten wir darüber gemeinsam noch mal nachdenken. Vielleicht hören wir jetzt aber gleich noch von den Anzuhörenden konkrete Anregungen, was wir gerade im Bereich der Prävention noch anders oder zusätzlich machen können. Da fand ich die Beschreibung eben eigentlich schon sehr hilfreich. – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Matz! – Ich bitte weiterhin um den Blick auf die Zeit. – Herr Abgeordneter Weiß, Sie haben das Wort!

Thorsten Weiß (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich finde, eingangs muss man erst mal feststellen, dass diese Anhörung von den Antragstellern nicht beantragt wurde, um sich mit den tatsächlichen Gefahren von Extremismus zu beschäftigen, sondern das ist wieder einmal Teil einer Kampagne, die sich gegen meine Partei richtet, was nicht nur aus der Begründung des Antrags deutlich wird, der sich in weiten Teilen an der größten Oppositionspartei in diesem Lande abarbeitet, sondern auch aus dem sehr sachlich gehaltenen Eingangstatement von Herrn Mirzaie. Deswegen sitzen hier heute auch ausschließlich Anzuhörende, die an Ihrem staatlich finanzierten Kampf gegen rechts partizipieren, während ein verdienter Beamter wie Hans-Georg Maaßen, der als ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz dem Ausschuss tatsächlich echte Fachexpertise zur Verfügung hätte stellen können, was die Gefahren von rechtsextremistischen Bedrohungen angeht, von Ihnen abgelehnt wurde. – [Zurufe] –

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Ich bitte um etwas Ruhe!

Thorsten Weiß (AfD): Danke sehr! – Denn wenn man sich dem Kampf gegen Extremismus widmen möchte, der in Berlin durchaus bundesweit Spitzenpositionen einnimmt, hätte man seinen Fokus vielleicht mal anders stellen müssen, denn in Berlin herrscht politisch motivierte Gewalt, ja, aber nicht durch rechtsextreme Reichsbürger oder Selbstverwalter, sondern durch Islamismus, ausländerbezogenen Extremismus und Linksextremisten, was die Zahlen des Herrn Bundesinnenministers, die er erst kürzlich veröffentlicht hat, belegen. 356 Taten aus dem Bereich ausländische Ideologie – ich bin gespannt, ob von den Grünen in naher Zukunft zu diesem Gewaltphänomenbereich in irgendeiner Art und Weise etwas sachlich Fundiertes

zu hören sein wird und ob man sich damit jemals auseinandersetzen wird, denn Ausländerkriminalität gibt es ja nicht. – [Zurufe] –

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Ich bitte nochmals um Ruhe! Wir hören die Debattenbeiträge, sonst nichts.

Thorsten Weiß (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Gewaltdelikte durch Linksextreme: 98 im letzten Jahr, und 88 aus dem Phänomenbereich Rechts. Lassen Sie mich auf einige Punkte aus dem Antrag noch mal eingehen: „Politisches Engagement stärken“ – ja klar, Sie nehmen explizit nur Bezug auf rechte Gewalt, was natürlich die Perspektive nicht nur verengt. Wenn man glaubwürdige Schutzstrategien gegen Extremismus aufstellen wollte, müsste man natürlich alle Bedrohungslagen berücksichtigen. Das wollen Sie politisch natürlich nicht. Und wenn ich Ihre Forderungen nach zivilgesellschaftlichen Organisationen, die über ein Demokratiefördergesetz unterstützt werden sollen, lese, dann sind das natürlich Organisationen, die sich entlang Ihrer ideologischen Linie aufreihen, was dazu führt, dass nicht nur die Zivilgesellschaft weiter gespalten, sondern natürlich auch Ihre eigene politische Klientel finanziell abgesichert wird.

Unter „Normalisierung menschenfeindlicher Positionen stoppen“ findet sich die pauschale Bezeichnung meiner Partei als „organisatorisches Zentrum des Rechtsextremismus“. Herr Mirzaie ergänzte das in seinem Eingangsstatement noch um die Begrifflichkeit Rechtsterrorismus. Das ist eine ungeheure politische Diffamierung, übrigens auch unserer zehn Millionen Wähler, und keine objektive Feststellung. Das gilt es hier auch mal festzustellen. Allein diese Formulierung zeigt, dass diese Anhörung Teil Ihrer Repressionskampagne gegen meine Partei ist.

Zum Punkt „Prävention ausbauen“: Wie gesagt, Ihre Forderung blendet aus, dass andere Formen extremistischer Gewalt in Berlin sogar noch viel dramatischer sind. Natürlich wird der Begriff „rechtsextrem“ von Ihnen absichtlich nicht abgegrenzt, auch gerade nicht, was die Bezeichnung „rechts“ angeht, denn Sie wollen auch konservative, migrationskritische oder regierungskritische Positionen wie es Ihnen beliebt als extremistisch etikettieren.

Besonders spannend finde ich den Punkt „Strafverfolgung intensivieren“. Es ist hinlänglich bekannt, dass Justiz und Strafverfolgungsbehörden bei rechten Straftaten oder auch Regierungskritik und Meinungsdelikten oftmals jede Verhältnismäßigkeit über Bord werfen, während politisch motivierte Kriminalität von links oder auch religiösen oder ausländischen Ideologien – Stichwort Clankriminalität – oftmals mit Samthandschuhen angefasst werden; eine demokratische Strafverfolgung müsste dementsprechend alle Formen extremistischer Gewalt gleichermaßen sensibel betrachten. Das passt zu der Forderung einer Partei, die sich offen mit gewaltbereiten Linksextremisten solidarisiert, die Menschen die Köpfe mit Hämmern einschlagen haben.

Als Letztes zu Ihrem Punkt „Zivilgesellschaftliche Beratung sicherstellen“: Hiermit soll im Wesentlichen Ihre eigene Klientel dauerhaft finanziell abgesichert werden. Die Forderung bezieht sich wieder einmal ausschließlich auf rechte Straftaten, obwohl gerade in Berlin sich der Phänomenbereich ganz anders darstellt. Eine selektive Problemwahrnehmung zeugt also davon, dass hier gar kein unparteiischer staatlicher Schutzmechanismus von Ihnen gewollt wird, sondern dass es ausschließlich darum geht, politisch Druck auf entsprechende politische

Mitbewerber aufzubauen und natürlich die Fördermittel für Ihre zivilgesellschaftlichen Gruppen zu requirieren. Das heißt, diese Anhörung ist Teil Ihrer schon seit Wochen und Monaten in diesem Parlament geführten Repressionskampagne gegen meine Partei und damit weitestgehend wertlos. – [Zuruf von Orkan Özdemir (SPD)] –

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Danke, Herr Abgeordneter Weiß! – Herr Abgeordneter Özdemir, ich bitte noch mal um Ruhe! – Jetzt ist Herr Abgeordneter Lenz an der Reihe. Wir haben das Problem, dass unsere Sitzungszeit gleich endet und die Anzuhörenden auch noch etwas sagen möchten. – Herr Abgeordneter Lenz, ich stelle Ihnen anheim, ob Sie sprechen.

Stephan Lenz (CDU): Ich würde schon gern noch etwas sagen. Darum habe ich mich ja gemeldet. – Es ist natürlich nicht so einfach, Herr Mirzaie; wenn man laut hineinruft, dann kommt es laut heraus. Dann ist es natürlich schwierig für so eine Fachdebatte, noch eine sinnvolle Anhörung durchzuführen, wenn im Grunde sich hier nur angefeindet wird. Ich will es trotzdem versuchen. Ich beschränke mich auf eine Frage, Herr Vorsitzender, die mich wirklich umtreibt, und zwar die Frage der begrifflichen Klarheit. Sie haben mehrfach – ich weiß nicht, ob alle – davon gesprochen, dass Jugendliche sich dem Rechtsextremismus teilweise zuordnen, weil sie das Gefühl haben, das sei normal, wenn ich es richtig verstanden habe, in ihrem Umfeld, auf dem Weg akzeptiert zu werden, und sie würden sich gegen einen behaupteten, aber nicht gegebenen Mainstream stellen. Können Sie dazu noch etwas sagen?

Ich möchte auch nachfragen, inwieweit Sie selbst darauf achten, nicht in eine Falle zu laufen, und selbst auf begriffliche Klarheit achten. Denn wenn man zu viele Dinge unter Extremismusverdacht stellt, dann wird das eine sich selbst erfüllende Wahrheit, indem man sagt: Das und das darf man ja wohl noch sagen, und wenn jetzt einer behauptet, ich darf das nicht mehr sagen, dann bin ich eben rechtsextrem. – Das hört man ja. Und um genau das zu vermeiden, dass Dinge aneinandergereiht werden, die insofern unterschiedlich sind, muss man exakt sein, was Begriffe angeht. Man muss auch fair unterscheiden zwischen Meinungen, die man selbst nicht teilt, die aber natürlich Teil des Debattenrahmens bleiben können in einem freien Land, und den Dingen, die in diesem Debattenrahmen nichts zu tun haben. Denn sonst, wenn man da zu breit wird, kommt das, was ich gerade gesagt habe: Dann gibt man den jungen Leute die Rechtfertigung dafür, auch Dinge zu sagen, die am Ende nicht sagbar sind. Das ist das große Risiko dieses Alarmismus, und deswegen muss man exakt sein. Das wollte ich Sie noch fragen. – Die anderen Fragen stelle ich zurück, weil wir das heute nicht mehr schaffen, oder wir vertagen uns noch mal.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lenz! – Jetzt aber zu den Anzuhörenden! Vielleicht in umgekehrter Reihenfolge, und so leid es mir tut – wir sind fortgeschritten in der Zeit –, bitte ich Sie zu versuchen, es jeweils in drei, vier Minuten abzuarbeiten. – Herr Brost, bitte, Sie haben das Wort!

Simon Brost (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus): Dann beschränke ich mich zunächst auf die Fragen, die direkt an mich gerichtet wurden. Zum einen zu der Frage von Anti-Antifa-Strategien, sogenannte Feindeslisten, inwieweit dieses Phänomen auch unter diesen neuen rechtsextremen Jugendgruppen anzutreffen ist: Grundsätzlich ist der Fall, dass wir beobachten, dass gerade das Personenpotenzial, das sich früher im militanten Neonazinetzwerk „Nationaler Widerstand Berlin“ organisiert hat, jetzt seine Arbeit größtenteils unter dem Dach des III. Wegs fortsetzt und auch kein Anlass dazu besteht anzunehmen, dass die Aktivitäten

zur Ausforschung und Bedrohung von und Angriffen auf politische Gegner ein Ende gefunden haben. Bezogen auf diese neuen rechtsextremen Jugendgruppen denke ich schon, dass dort der politische Gegner oder diejenigen, die als politische Gegnerinnen und Gegner wahrgenommen werden, als Feindbild ganz klar ins Visier genommen werden, eher dann aber in Form von nicht zufälliger, aber spontaner Gewalt bei Aufeinandertreffen auf der Straße oder am Rande von Versammlungen. Was wir hier sehen, könnte man vielleicht schon als einen Schritt zu einer Professionalisierung bezeichnen. Die Marzahn-Pride und die Gegenproteste wurden angesprochen. Nach der Versammlung, die dagegen stattgefunden hat, gab es eine Veröffentlichung in den sozialen Medien, die vor allen Dingen auch eine Zusammenstellung der Beobachterinnen und Beobachter enthalten hat mit einer eindeutigen Feindbildmarkierung dazu. Das heißt, das Ausforschen, die Bekämpfung, auch gewalttätige Bekämpfung politischer Gegnerinnen und Gegner ist integraler Bestandteil des Rechtsextremismus.

In puncto Feindeslisten kann ich an der Stelle vielleicht zumindest ein kleines Lob aussprechen, was die Berliner Polizei angeht. Das war sicherlich kein einfacher Prozess, gerade, wenn es um die Informationen von Betroffenen von Feindeslisten ging. Es gab, glaube ich, viele Gespräche, inwieweit Wordings, die vielleicht intern verständlich sind, sozusagen auch die Sprache sind, mit der man die Betroffenen erreicht, Stichwort: abstrakte oder konkrete Gefährdung. Da hat sich schon einiges getan. Es gibt inzwischen auch ein Angebot, wo die Möglichkeit besteht abzufragen, inwieweit man auf einer solchen Feindesliste steht. Das sind Dinge, die es meines Wissens nur in Berlin gibt. Auf der anderen Seite kann ich eine konstruktive Anmerkung machen, dass wir immer wieder, wenn wir Betroffenen von und Engagierten gegen Rechtsextremismus dazu raten, Strafanzeige zu erstatten, grundsätzlich raten, dieses über die Onlinewache zu tun und eine ladungsfähige Anschrift anzugeben, um zu verhindern, dass ihre Daten im Wege der Akteneinsicht bei den Beschuldigten landen. Da wirft immer wieder Fragen auf – das ist ein kleines technisches Ding –, dass die Eingabemaske bei der Onlinewache beispielsweise kein Feld enthält, wo eine ladungsfähige Anschrift angegeben werden kann. Das ist kein unlösbares Problem, aber ein kleiner Schritt, der das erschweren kann.

Die Adressenaukunftssperren schon angesprochen. Auch hier tut die Berliner Polizei schon einiges, die Möglichkeit zu nutzen, von Amts wegen Adressenaukunftssperren zu veranlassen oder zu beantragen. Inwieweit das nicht die Regel sein sollte bei Feindeslisten beispielsweise, die bei Rechtsextremen aufgefunden werden, wäre tatsächlich eine wichtige Frage, die wir uns da stellen. – Das vielleicht zu diesem Thema.

Zum Thema Finanzierung möchte ich gar nicht so viel sagen. Grundsätzlich ist das Wichtigste, das haben wir alle gesagt, die Verlässlichkeit, weniger für uns als für diejenigen, die sich an uns wenden, und der Bedarf ist ja unbestreitbar da.

Ich denke, dass es dort vor allen Dingen sinnvoll ist zu schauen, und da ist die Trägerlandschaft in Berlin vielfältig aufgestellt, was es da für Projekte gibt, und sich nicht dem zuzuwenden, für vermeintlich neue Herausforderungen Projekte zu schaffen, die sich von ihrem Ansatz her vielleicht gar nicht so sehr von dem unterscheiden, was vorhanden ist, oder manchmal zu kurz springen, was Problembeschreibungen angeht – „Projekteritis“ könnte man das nennen –, sondern eine Fokussierung darauf, etablierte Projekte zu stärken und zu erhalten. – Ich würde es an der Stelle dabei belassen und weitergeben.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Brost! – Frau Berndt, bitte! Wie gesagt, drei Minuten, wenn es irgendwie geht.

Elvira Berndt (Gangway e. V.): Vielen Dank! Ich versuche es im Telegrammstil. – Zur Frage nach dem Wording und der Genauigkeit: Wir arbeiten auf der Straße, da kann man nicht sanktionieren. Wir machen dort nicht die Regeln, das heißt, wir nehmen diese Bewertungen so nicht vor. Wir gehen ins Gespräch und in die Diskussion und halten die Provokationen und Austestungen aus, das ist unser Job. Grundsätzlich würde ich Ihnen aber zustimmen, dass man in der allgemeinen Debatte schon sehr genau sein sollte.

Die Erfahrung auch früherer Wellen von Entwicklungen ist, dass die Kids – insofern muss man vielleicht die Diskussionen ein bisschen voneinander abkoppeln, was die Stadtgesellschaft insgesamt und die Jugendlichen betrifft – ganz oft erst mal nur Mittel zum Zweck sind, für die sich gar keiner so richtig interessiert, sondern die eine bestimmte Stärke auf die Straße bringen.

Es gab die Frage nach öffentlichen Personen, ob die etwas tun können. Ich glaube, die Kids in Hohenschönhausen oder Buch kennen von Ihnen hier niemanden und auch ganz viele andere Politikerinnen und Politiker nicht. Es ist ihnen eigentlich völlig wurscht, was Sie machen. Das muss man jetzt nicht gut finden, aber es ist so. Mir wäre ein gesellschaftlicher Konsens, dass die Freiheit, so zu sein, wie man ist, und die Freiheit der Meinungsäußerung allen zuzugestehen sind, wirklich das Allerwichtigste, abseits aller anderen politischen Debatten, weil ich glaube, dass so eine Kernaussage in die Stadt durchdringen und vielleicht irgendwann auch die Kids erreichen kann.

Finanzielle Situation, Kürzungen – ist schon gesagt worden. Ich kann Ihnen sagen, ich bin hochschwanger, weil ich als Geschäftsführerin seit neun Monaten nicht eine einzige Situation gehabt habe, wo ich hätte sagen können: Das ist der Etat, mit dem wir in diesem Jahr arbeiten können. – Und es ist noch nicht vorbei, die nächste Welle kommt noch. Die größte Kraftanstrengung ist nicht, die Krise zu bewältigen, sondern die größte Kraftanstrengung ist, dass wir nicht mitgestalten können, weil es so eine Blackbox-Diskussion ist, und dass ich in unserem Arbeitsfeld alles tun muss, damit ich die Unruhe nicht nach vor Ort dringen lasse. Das ist echt anstrengend. Neun Monate – deshalb das Bild mit der Schwangerschaft – sind schon ganz schön lang.

Rekrutierungen, Informationen an Schulen, Jugendeinrichtungen, Beratungen notwendig: Ja, das ist notwendig, weil Menschen bei bestimmten Themen ganz schnell sehr aufgeregt agieren, und dann trieselt sich das so schnell hoch, wo man eigentlich mit einem kühlen Kopf mal gucken muss: Was sind hier die richtigen Herangehensweisen? Wo kann ich Hilfe und Unterstützung bekommen?

Digital Street Work: Der Begriff ist schlicht falsch. Grundsätzlich finde ich Angebote im digitalen Raum an niedrigschwelliger politischer Bildung, an Themen, an Unterstützung, die man geben kann, total sinnvoll, und ich glaube, dass es durchaus sinnvoll sein kann, das träger- und ressortübergreifend zu machen. Auch zum Beispiel zu den Fragen: Wie kann ich mich eigentlich wehren, wenn ich mich bedroht fühle? Wie ist denn das, steht meine Adresse dann da drin? –, denn das weiß jemand in Hohenschönhausen nicht unbedingt, der oder die das erste Mal davon betroffen ist.

Letzter Punkt: Herr Weiß, ich bin ein extrem höflicher Mensch, und ich muss mich wirklich terminlich krummlegen, um hier zu erscheinen. Ich habe einfach die Bitte, genauso höflich behandelt zu werden, wie ich es Ihnen auch zugestehe, und nicht als Abwatschen anderer Politikerinnen und Politiker gleich mit bestraft zu werden. Es wäre total freundlich, wenn wir es schaffen, in diesem Land anständig und höflich miteinander umzugehen und die anderen so sein zu lassen, wie sind. Das bringt, glaube ich, vor Ort am meisten. – Danke!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Berndt! – Dann habe ich Herrn Anhalt. – Bitte!

Peter Anhalt (Violence Prevention Network gGmbH): Okay, ich versuche es auch ganz kurz! – Vielleicht vor allem zu den beiden Fragen, die sich direkt an mich richteten: Zur Frage von sozialer Sicherheit: Nicht jeder, der aus armen Verhältnissen kommt, radikalisiert sich, und nicht jeder, der sich radikalisiert, kommt aus armen Verhältnissen. Von daher wäre es zu einseitig, das so zu sagen. Mir gefällt dieser erweiterte prekäre Begriff besser, den ich versucht habe, vorhin kurz anzureißen, junge Menschen in schwierigen Lagen. Wobei natürlich Armut immer eine Rolle spielt und es sich vielleicht mit der Frage verbindet, die vorhin gestellt wurde: Sollen wir als Politik, als Gesellschaft Haltung zeigen? – Ich habe manchmal das Gefühl, dass uns so etwas wie eine Vision fehlt: Wer wollen wir als Gesellschaft sein? – Es ist im Moment sehr viel Widerspruch da, viel Uneinigkeit, das ist hier auch zu sehen. Dann kommen die ganzen Ängste dazu, die viele Menschen mit sich tragen, was die Kinder und Jugendlichen miterleben. Der Bildungsforscher Aladin El-Mafaalani sagt an einer Stelle: Wenn es keine Vision gibt und man arm ist, das ist die Hölle. – Das sagte er in einem Gespräch. Da kommt natürlich die Armut mit rein, die eine Rolle spielt, wenn Jugendliche auf Social Media sehen, wie man als Mann oder als Frau sein muss, was man alles haben muss und sehen: Das schaffe ich nie. – Das macht wütend, und irgendwann löst es auch Hass aus, und dann sind es natürlich diese Angebote, die angenommen werden.

Zu den Fragen zu dem ganzen Begriff des Ausstiegs – das ist ein längeres Ding. Ich rede ungern von Ausstiegsberatung. Was wir machen, ist eine Distanzierungsbegleitung. Der klassische Aussteiger, wie man ihn sich vorstellt, klingelt bei uns an der Tür und will aussteigen. Das sind ganz wenige. Wir haben aktuell einen. Bei dem Rest geht es um eine Distanzierungsbegleitung. Wenn ich an das Projekt REE! denke, geht es darum, dass sie nicht mehr gefahrenrelevant sind, dass wir mit ihnen arbeiten, das heißt, viel an Gefühlen und am Hass arbeiten. Wenn sie nicht mehr gefahrenrelevant sind, dann wird die Akte bei den Sicherheitsbehörden geschlossen. Ob wir dann mit ihnen weiter arbeiten, sehen wir dann immer, ob es einen weiteren Begleitungsbedarf gibt. Von daher bin ich sehr vorsichtig mit dem Begriff Ausstieg, zumal ich den Begriff bei 15-, 16-Jährigen total überladen finde. Es gibt einige wenige, die sehr in rechtsextreme Strukturen eingestiegen sind, aber da von einem Ausstieg zu

sprechen – die sind noch nicht mal eingestiegen. Das sind einfach diese Lost Kids, die gar nicht wissen, wohin sie gehören, und die voller Wut sind. – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Wir danken Ihnen an dieser Stelle. Herzlichen Dank! – Es war wirklich großartig, wie Sie es jetzt auch in dieser Kürze auf den Punkt gebracht haben. Herzlichen Dank für Ihre Zeit! Herzlichen Dank für Ihre Expertise! Wir werden sicherlich an anderer Stelle gerne noch mal darauf zurückkommen.

Der Senat hat auf das Wort verzichtet – dafür danken wir ihm sehr –, sodass wir zur Abstimmung über diesen Antrag kommen können, denn es ist durch die antragstellende Fraktion mitgeteilt worden, dass nicht vertagt werden soll. Hierzu ergeht der Hinweis an die antragstellende Fraktion, dass das Berichtsdatum 31. März 2025 abgelaufen ist. Soll das Berichtsdatum geändert werden? Ich könnte Ihnen den Vorschlag 30. September 2025 machen. – [Ario Ebrahimipour Mirzaie (GRÜNE): 30. November!] – 30. November 2025. – Gut, dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/1906. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilen möchte, die und den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CDU, der SPD und der AfD. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/1735
**Menschenleben schützen – neue Prioritäten bei
Zuwanderung und innerer Sicherheit setzen**

[0169](#)
InnSichO(f)
Haupt
VerfSch

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

* * * * *